

FOKUS

Das Magazin der Industrie- und Handelskammer Thurgau



Arbeitsmigration prägt unsere Wirtschaft

Seit vielen Jahrzehnten kommen Menschen aus dem Ausland für Arbeit in die Schweiz.

BTS / N23 ASTRA schliesst die Studie zur Bodensee-Thurthal-Strasse ab


Glatz AG Das Familienunternehmen eröffnet neuen Hauptsitz in Frauenfeld

BOOM! 2025 Kommunikation und Selbstwirkung als Themen am Thurgauer Wirtschaftstag

16 POLITIK

24 IHK

36 EVENT



FOKUS AUF MEINEN BETRIEB.

MEHR ALS EINE BANK.

Meine Beraterin bei der TKB hat mich seit der Gründung unkompliziert unterstützt – und mir Türen zu regionalen Netzwerken aufgestossen.

tkb.ch/firmen

EDITORIAL

Wachstum und Demographie fordern mehr Arbeitskräfte

Geschätzte Leserinnen und Leser,
geschätzte Mitglieder der IHK Thurgau

Die Arbeitsmigration ist für die Schweiz von zentraler Bedeutung, da sie zum wirtschaftlichen Wachstum und Innovationskraft beiträgt. Seit vielen Jahrzehnten profitiert die Schweiz von der **Zuwanderung von Arbeitskräften**. Das Bild auf Frontseite steht beispielhaft dafür und konkret für Saisonniers der 1960er Jahre. Schon damals beschäftigte das Thema die Politik und die Bevölkerung. Ein Hauptgrund für die Arbeitsmigration ist die stetige Nachfrage nach Personal in Schlüsselbranchen wie Gesundheitswesen, IT, Forschung und Ingenieurwesen. Ohne qualifizierte ausländische Arbeitskräfte könnten heute viele Stellen nicht besetzt werden, was die Wettbewerbsfähigkeit und letztlich den Wohlstand gefährden würde. Gleichzeitig gibt es zahlreiche Berufe, die von einheimischen Arbeitskräften kaum noch übernommen werden, etwa in der Bauindustrie, Gastronomie oder Landwirtschaft.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist der demografische Wandel. Die **alternde Schweizer Bevölkerung und die niedrige Geburtenrate** erfordern eine kontinuierliche Zuwanderung, um das Rentensystem zu stabilisieren und das Wirtschaftswachstum zu sichern. Durch die bilateralen Verträge mit der EU können Fachkräfte aus dem Ausland relativ unkompliziert in der Schweiz arbeiten, was Unternehmen hilft, qualifizierte Mitarbeitende zu finden.

Neben der wirtschaftlichen Bedeutung fördert die Arbeitsmigration auch die kulturelle Vielfalt und den Innovationsgeist, da internationale Fachkräfte neue Perspektiven und Ideen mitbringen. Dennoch gibt es Herausforderungen, etwa im Bereich der Integration oder Infrastruktur. Eine nachhaltige Migrationspolitik muss daher sowohl wirtschaftlichen Bedürfnissen als auch gesellschaftlichen Gegebenheiten gerecht werden. Der **Bedeutung der Arbeitsmigration** gingen die IHK Thurgau und die IHK St.Gallen-Appenzell kürzlich in einer Umfrage nach. Die Resultate stellen wir in der vorliegenden Fokus-Ausgabe vor.

Ebenso beleuchten wir weiter hinten die Herausforderungen, die sich für Unternehmen aus der so genannten Re-

gulierungsflut ergeben. Die **zunehmende Regulierungslast** ist nicht nur im Thurgau spürbar, sondern in der ganzen Schweiz. Gemäss dem aktuellen Bürokratiemonitor des SECO stufen 60 Prozent der befragten Unternehmen die administrative Belastung als «eher hoch» oder «hoch» ein und ebenfalls 60 Prozent sind der Meinung, dass diese seit der letzten Befragung 2018 zugenommen hat.

Zu viele Regulierungen können eine **Volkswirtschaft erheblich belasten**, da sie Bürokratie und Kosten für Unternehmen erhöhen. Besonders KMU, wovon wir in der Ostschweiz viel haben, leiden unter administrativen Hürden, da sie weniger Ressourcen zur Einhaltung komplexer Vorschriften haben. Dies senkt Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbereitschaft. Auch Investoren meiden Länder mit hoher Regulierung, da hohe Kosten und unsichere Rahmenbedingungen abschreckend wirken. **Marktverzerrungen entstehen zudem, wenn grosse Unternehmen sich leichter an Vorschriften anpassen können als kleinere**, was den Wettbewerb einschränkt. Weniger Konkurrenz führt zu weniger Innovation, höheren Preisen und geringerer Auswahl für Verbraucher. Letztlich schwächt übermässige Regulierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Unternehmen bevorzugen Standorte mit flexibleren Bedingungen. Eine tiefe Regulierungsdichte ist daher entscheidend, um Wachstum, Innovation und Beschäftigung zu sichern.



Bis bald bei der IHK
Jérôme Müggler
Direktor IHK Thurgau



Zentrum für berufliche
Weiterbildung

BILDUNG
IST

AUCH

PRÄZISION

LERNEN. VERSTEHEN. UMSETZEN.

zbn.ch

PUBLI-REPORTAGE

Provida academy: Wissen schafft Vorsprung

Weiterbildung mit starkem Praxisbezug, Erfahrungsaustausch und persönlichem Dialog: Mit diesen Merkmalen schaffen die 21 Kurzseminare der Provida academy Mehrwerte für Unternehmen und Organisationen sowie Privatpersonen.

Provida academy
Schützengasse 12
9000 St.Gallen
provida-academy.ch

PROVIDA
a c a d e m y

Das Schulungsangebot richtet sich an Mitarbeitende aus Unternehmen und Organisationen sowie privat Interessierte. Die Seminarinhalte geben praxiserprobte Antworten auf Fragen aus den Bereichen Treuhand, Human Resources und Führung sowie Steuern und Recht, richten aber auch den Blick auf weitergehende unternehmerische Herausforderungen. Alle Referentinnen und Referenten sind ausgewiesene Fachpersonen und lassen ihre jahrelangen Praxiserfahrungen in ihre Seminare einfließen.

Ein Auszug aus dem Seminarprogramm 2025:

- Vertragsrecht im Unternehmensalltag
- Zeit- und Selbstmanagement – produktiver und effizienter im Zeitalter von E-Mail- und Informationsflut
- Finanzielle Führung mit Key Performance Indicators (KPI)
- Mehr Leistung und Erfolg – mentale Stärke und positive Denkmuster im Beruf und Alltag
- Verhandeln und fair handeln
- Verwarnung, Freistellung, Kündigung und Arbeitszeugnisse
- Erfolgreiches Miteinander am Arbeitsplatz – Emotionale Intelligenz & Soft Skills im Business
- Besteuerung von Unternehmen: Steuerliche Fragestellungen und Aktualitäten für KMU
- Klare und erfolgreiche E-Mail-Kommunikation – auffallend, wirkungsvoll und nachhaltig
- Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen
- Rechtliche Risiken im digitalen Zeitalter – Nutzung von Cloud-Applikationen und Abschluss von Software-as-a-Service-(SaaS)-Verträgen
- Und viele weitere...

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Das vollständige Seminarprogramm und die Anmeldung finden Sie hier:



SCHWER-
PUNKT

Die Rolle der Arbeitsmigration in der Schweizer Wirtschaft

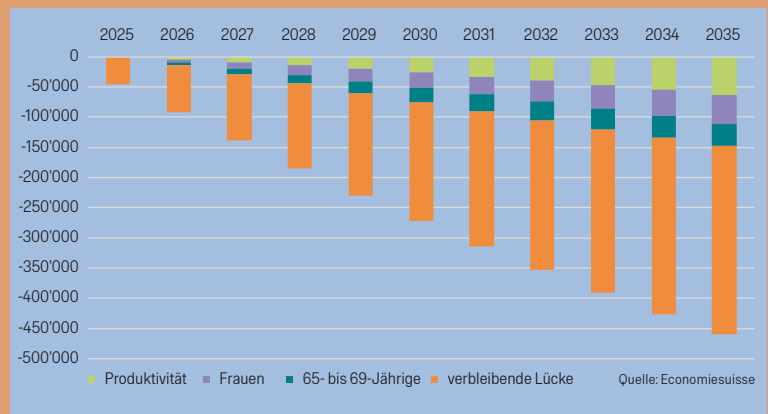
Der demografische Wandel verschärft den Arbeitskräftemangel in der Schweiz und erfordert Lösungen, um zukünftige Lücken zu schliessen. Eine Umfrage der Industrie- und Handelskammern Thurgau und St.Gallen-Appenzell zeigt dazu, dass ausländische Arbeitskräfte wesentlich zum Wohlstand und zur Linderung des Arbeitskräftemangels beitragen. Sie sind vor allem in Produktion, Bau, Montage und Logistik tätig, oft mit unattraktiven Arbeitszeiten und repetitiven Aufgaben.

von Fiona Rast

In den letzten 20 Jahren ist die Bevölkerung der Schweiz um 1,6 Millionen Menschen gewachsen. Dies ist vor allem auf die Zuwanderung zurückzuführen, denn pro Jahr sind durchschnittlich rund 70 000 Personen in die Schweiz eingewandert. Dies zeigt sich auch im kontinuierlichen Wachstum aller Ostschweizer Kantone. Dabei weist der Kanton Thurgau im Vergleich zu den anderen Ostschweizer Kantonen das stärkste Wachstum auf und liegt über dem Schweizer Durchschnitt. Gleichzeitig steigt der Arbeitskräftebedarf an, da 2022 erstmals mehr Menschen in den Ruhestand getreten sind als junge Erwerbstätige in den Arbeitsmarkt. Das verschärft den Arbeitskräftebedarf zusätzlich, der ohnehin rund fünfmal stärker gewachsen ist als die Bevölkerung.

Demografische Herausforderungen für die Schweiz

Im Gegensatz zu anderen Ländern kann die Schweiz den Bedarf nach Erwerbstätigen nicht allein durch eine Erhöhung der Erwerbsquote decken, da diese bereits 2005 bei 79% lag. Dennoch konnte die Erwerbsquote in den letzten Jahren noch gesteigert werden (2023: 84%), vor allem durch die tiefe Arbeitslosigkeit, der verstärkten Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt und den ausländischen Arbeitskräften. In Zukunft werden jedoch in den nächsten zehn Jahren rund 460'000 Vollzeitbeschäftigte fehlen, allein in der Ostschweiz bis 2035 rund 60 000 Erwerbstätige (Abbildung 1). Mögliche Lösungsansätze zur Behebung des Arbeitskräftemangels sind die verstärkte Nutzung inländischer Arbeitskräfte, die Steigerung der Produktivität sowie die Zuwanderung von Personen im erwerbsfähigen Alter.



Erwerbstätigkeit als Hauptmotiv für die Einwanderung

Zukünftig könnte die Arbeitsmigration weiter zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs beitragen. Bereits heute ist das Hauptmotiv für die Zuwanderung in die Schweiz die Erwerbstätigkeit. Im Jahr 2023 kamen 71% der Zugewanderten aus EU/EFTA-Staaten, um eine Arbeitsstelle zu besetzen. Weitere 18% zogen aus familiären Gründen und 7% zu Ausbildungszwecken in die Schweiz. Die Personenfreizügigkeit, welche im Jahr 2002 eingeführt wurde, regelt unbürokratisch die Arbeitsmigration aus dem EU/EFTA-Raum. Dabei ermöglicht die Personenfreizügigkeit Bürgern der EU/EFTA-Staaten, die über einen Arbeitsvertrag oder ausreichende finanzielle Mittel verfügen,

Die orangen Balken zeigen die Anteile der fehlenden Arbeitskräfte, die nicht durch Produktivität oder inländische Arbeitnehmende kompensiert werden können.

in die Schweiz zu kommen, um zu arbeiten. Seither sind durchschnittlich 91 000 Personen pro Jahr aus diesen Ländern in die Schweiz eingewandert. Bei der Zuwanderung aus Drittstaaten ist der Familiennachzug der häufigste Grund, gefolgt von der Aus- und Weiterbildung und an vierter Stelle der Erwerbstätigkeit. Die Zuwanderung aus Drittstaaten ist durch ein Kontingentsystem stark reglementiert und auf hochqualifizierte Arbeitskräfte beschränkt. Die unfreiwillige Flucht- und Asylmigration, bei der Menschen ihre Heimat aufgrund von Krieg, Gewalt oder Verfolgung verlassen, basiert auf nationalen und internationalen Rechtsgrundlagen wie der Schweizerischen Bundesverfassung und der Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen.

Arbeitsmigration in der Ostschweiz

In einer Mitgliederumfrage der Industrie- und Handelskammern St.Gallen-Appenzell und Thurgau stimmte die Hälfte der befragten Unternehmen der Aussage zu, dass ausländische Arbeitskräfte zum Arbeits- und Fachkräftemangel und generell zum Wohlstand der Schweiz beitragen. Ausländische Arbeitskräfte sind in der Ostschweiz vor allem in der Produktion, Baugewerbe, Montage und in der Logistik tätig. In der Industrie arbeiten sie überdurchschnittlich häufig zu unattraktiven Arbeitszeiten, wie 40% der Industrieunternehmen bestätigen. Im Allgemeinen übernehmen ausländische Arbeitskräfte gemäss der Hälfte der befragten Unternehmen repetitive Tätigkeiten. Die Zuwanderung erfolgt häufig in Berufen, die vom Fachkräftemangel betroffen sind oder nicht durch einheimische Arbeitskräfte abgedeckt werden können.

EU/EFTA-Staaten im Fokus

Die Zugewanderten sind auch zunehmend hoch qualifiziert und verfügen über einen tertiären Bildungsabschluss, was sich positiv auf die Produktivität der Schweizer Wirtschaft auswirkt. So sind heute 40% der Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz ausländische Arbeitskräfte. Die Bedeutung ausländischer Arbeitskräfte wird für die befragten Ostschweizer Unternehmen in den kommenden Jahren tendenziell zunehmen, rund ein Drittel der Unternehmen rechnet in den nächsten fünf bis zehn Jahren mit einem steigenden Bedarf an ausländischen Arbeitskräften. Dabei schätzt die Mehrheit der befragten Unternehmen die Bedeutung ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere aus den EU/EFTA-Staaten, für ihren zukünftigen Erfolg als sehr wichtig bis wichtig ein und nur ein geringer Anteil als unbedeutend. (Abbildung 2). In grenznahen Regionen wie der Ostschweiz spielen auch die rund 16 500 beschäftigten Grenzgänger eine wichtige Rolle und tragen zum Erfolg der Unternehmen bei.

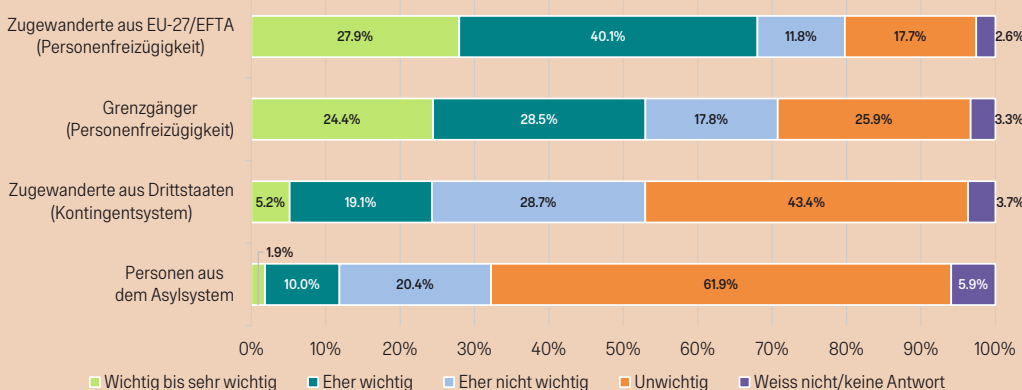
deutung ausländischer Arbeitskräfte wird für die befragten Ostschweizer Unternehmen in den kommenden Jahren tendenziell zunehmen, rund ein Drittel der Unternehmen rechnet in den nächsten fünf bis zehn Jahren mit einem steigenden Bedarf an ausländischen Arbeitskräften. Dabei schätzt die Mehrheit der befragten Unternehmen die Bedeutung ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere aus den EU/EFTA-Staaten, für ihren zukünftigen Erfolg als sehr wichtig bis wichtig ein und nur ein geringer Anteil als unbedeutend. (Abbildung 2). In grenznahen Regionen wie der Ostschweiz spielen auch die rund 16 500 beschäftigten Grenzgänger eine wichtige Rolle und tragen zum Erfolg der Unternehmen bei.

Bisherige Zuwanderungspolitik wird befürwortet

Die aktuelle Zuwanderungspolitik mit der Personenfreizügigkeit mit den EU/EFTA-Staaten und den Kontingenten gegenüber Drittstaaten wird von den befragten Ostschweizer Unternehmen als einziges Modell zur Steuerung der Arbeitsmigration angesehen. Die Hälfte der Ostschweizer Unternehmen sieht keinen Anpassungsbedarf bei der Regelung der Zuwanderung. Ein erhöhter administrativer Aufwand bei der Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften würde sich für die Hälfte der Unternehmen negativ auf den Unternehmenserfolg auswirken. Als Alternative sehen die befragten Unternehmen das Punktesystem, bei dem die zugewanderten Personen nach Kriterien wie Ausbildung und Berufserfahrung ausgewählt werden. Andere Modelle wie Kontingente oder Zuwanderungsgebühren werden von der Mehrheit der Unternehmen als weniger wirksam eingeschätzt.

Die Bedeutung ausländischer Arbeitskräfte für den Unternehmenserfolg von Ostschweizer Unternehmen nach Herkunftsregion. (Quelle: Umfrage IHK 2024)

Welche Bedeutung werden ausländische Arbeitskräfte künftig für den Erfolg Ihres Unternehmens haben? (nach Herkunftsregion)



UMFRAGE ZUR ARBEITSMIGRATION IN OSTSCHWEIZER UNTERNEHMEN



PUBLIKATION ZUR ARBEITSMIGRATION IN DER SCHWEIZ



Warum Löhne und Beschäftigung der einheimischen Arbeitskräfte trotz Personenfreizügigkeit nicht sanken

Eine der wichtigsten Fragen zur Personenfreizügigkeit ist, wie sie den Arbeitsmarkt beeinflusst. Verschiedene Studien zeigen, dass Schweizer Unternehmen, die auf Fachkräfte angewiesen sind, vom erleichterten Zugang zu Arbeitskräften aus der EU profitierten. Sie schufen zusätzliche Arbeitsplätze, sodass die Grenzöffnung nicht zulasten der einheimischen Arbeitskräfte ging.

von Dr. Michael Siegenthaler, Leiter Forschungsbereich Schweizer Arbeitsmarkt, Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich

Grenzgänger spielen eine immer grössere Rolle auf dem Schweizer Arbeitsmarkt: Mitte 2024 arbeiteten fast 400 000 der 5,5 Millionen Beschäftigten der Schweiz als Grenzgänger – dreimal mehr als im Jahr 2000. Ein Grund für diesen Anstieg ist die Personenfreizügigkeit, die den Schweizer Arbeitsmarkt seit 2002 vollständig für Grenzgänger öffnete. Seitdem ist die Zahl der Grenzgänger in den Grenzregionen deutlich gestiegen. In Unternehmen innerhalb von zehn Autominuten zur Grenze waren bereits 2010 etwa 30 Prozent der Beschäftigten Grenzgänger. In weiter entfernten Regionen blieb ihr Anteil hingegen auch nach 2002 gering.

Viele Studien nutzen diese Unterschiede und analysieren die Situation einheimischer Arbeitskräfte in den Grenzregionen im Vergleich zum Rest der Schweiz, um herauszufinden, wie sich die Personenfreizügigkeit auf Firmen und Beschäftigte ausgewirkt hat. Der Vergleich dient dabei als eine Art «natürliches Experiment», mit dem man die Effekte der Arbeitsmarktöffnung auf die einheimische Wirtschaft besser abschätzen kann.

Kaum Anzeichen für Verdrängungseffekte trotz hoher Zuwanderung

Ein zentraler Punkt der Forschung ist: Firmen in Grenznähe stellten nach der Öffnung des Arbeitsmarkts nicht nur mehr Grenzgänger ein, sondern insgesamt mehr ausländische Fachkräfte als Unternehmen weiter weg von der Grenze. Diese EU-Ausländer kamen überwiegend in hochqualifizierten Berufen unter, und zwei Drittel von ihnen hatten einen Hochschulabschluss.

Aber wie wirkt sich dieser Zustrom auf die einheimischen Arbeitskräfte aus? Die Studien finden keine Hinweise auf systematische Verdrängungseffekte. Löhne und Beschäftigungs-

VIDEOBEITRAG ZUM THEMA

Konkurrieren ausländische Arbeitskräfte die einheimischen und setzen ihre Löhne unter Druck? Oder sind Firmen auf die Immigrantinnen und Immigranten angewiesen, um wachsen zu können? Forschende der KOF haben diese Fragen untersucht. Die wichtigsten Antworten im Video.



zahlen der einheimischen Beschäftigten entwickelten sich in Grenzregionen und weiter entfernten Gegenden vergleichbar. Tatsächlich stiegen die Löhne hochqualifizierter Einheimischer in Grenznähe sogar stärker als weiter weg von der Grenze – und das trotz des erhöhten Wettbewerbs mit hochqualifizierten Grenzgängern.

Personenfreizügigkeit führte zu mehr Arbeitsplätzen

Wie ist das möglich? Die kurze Antwort: Weil Firmen durch die Grenzöffnung zusätzliche Stellen schaffen konnten, wodurch einheimische Fachkräfte neue Beschäftigungs- und Aufstiegschancen bekamen. Die Öffnung des Arbeitsmarkts machte es den Unternehmen messbar leichter, passendes Personal zu finden und der Fachkräftemangel reduzierte sich. Die Rekrutierungs- und Einarbeitungskosten für qualifizierte Mitarbeiter sanken. Es wurden dank Personenfreizügigkeit auch mehr Unternehmen gegründet, und einige Betriebe wurden durch die Personenfreizügigkeit produktiver und innovativer. Die neuen Arbeitsplätze entstanden besonders in der Hightech-Industrie und in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen. Vor allem jene Unternehmen, die in den 1990er-Jahren über Fachkräftemangel geklagt hatten, profitierten von der Öffnung.

Firmen im Ausland spürten Abwanderung

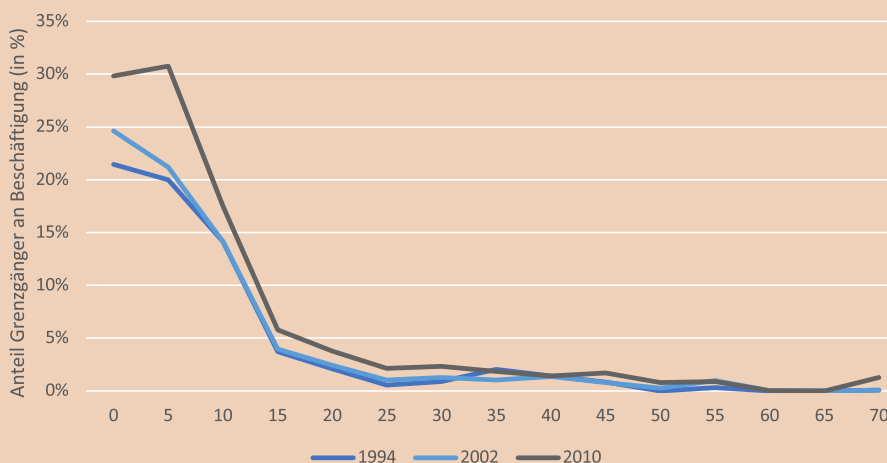
Was passierte auf der anderen Seite der Grenze? Auch das wurde untersucht. Die Studien



Rund 400 000 Menschen kommen jeden Tag in die Schweiz, um hier zu arbeiten.

deuten darauf hin, dass die positiven Effekte der Grenzöffnung für die Schweiz zumindest teilweise zulasten einiger Firmen im grenznahen Ausland gingen. Zwar verbesserte sich die Einkommens- und Beschäftigungssituation für Arbeitnehmende, was besonders dem lokalen Dienstleistungssektor half. Doch Unternehmen, die auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen sind – wie etwa in der Hightech-Industrie – spürten die Abwanderung ihrer Spezialisten. Die Folge: Ihr Stellen- und Produktivitätswachstum war geringer. In einigen süddeutschen Kliniken litt sogar die Behandlungsqualität messbar. Auch das zeigt, wie wichtig Fachkräfte für eine wissensbasierte Wirtschaft sind.

Der Grenzgängeranteil an den Beschäftigten



STUDIE ZUM THEMA



The Abolition of Immigration Restrictions and the Performance of Firms and Workers: Evidence from Switzerland, 2020

2024 bot für die IHK eine grosse Vielfalt von spannenden Themen

Neben dem politischen Engagement auf eidgenössischer und kantonaler Ebene trieb die IHK im vergangenen Jahr die Umsetzung des Digital & Innovation Campus voran. Zudem beleuchtete unsere Kammer an den Netzwerk-Anlässen verschiedene Themen, die für Unternehmerinnen und Unternehmer von Interesse sind. Ein paar Highlights aus 2024 zeigen die Vielfalt.

von Jérôme Müggler

Unsere Kammer hatte im Juni 2023 mit dem Ja der Thurgauer Stimmbevölkerung zu 20 Projekten, die von den Erlösen aus den TKB-Partizipationsscheinen profitieren sollen, das «Go» für den Digital & Innovation Campus (DICT) erhalten. Das neue Thurgauer Institut für digitale Transformation (TIDIT) startete im Frühjahr 2024 seine Tätigkeiten und konnte im August mit Caroline Obolensky eine Geschäftsführerin finden. Unter der Leitung von Prof. Dr. Michael Grossniklaus von der Universität Konstanz und von Prof. Dr. Oliver Dürr von der HTWG werden nun die beiden Forschungsgruppen rekrutiert. Seitens Campus-Projektleitung stand das vergangene Jahr im Zeichen der Beschaffung der ersten Tranche aus der Anschubfinanzierung. Dafür musste die IHK mit dem Förderverein «Pro Thurgau» zuerst eine Leistungs- und anschliessend eine Fördervereinbarung abgeschlossen. Letzteres konnte per Ende 2024 unter Dach und Fach gebracht werden. Im ersten Quartal 2025 gründet die IHK nun eine eigenständige Stiftung als Trägerorganisation für den Campus und setzt eine Geschäftsführung für den Innovation Hub des DICT ein.

WEGA-Sonderschau «Zukunftslabor – Lernen für morgen»

2024 unterstützte die IHK die Sonderschau der Pädagogischen Hochschule an der WEGA. Diese stiess auf grosses Publikumsinteresse.

Sie zeigte, wie wichtig Bildung und stetiges Lernen heute für die ganze Gesellschaft sind und bot vielfältige Erlebnisstationen. Ein besonders reger Austausch zwischen Wirtschaft und Bildung fand dabei am WEGA-Apéro der IHK statt. Mit einem Einblick in einen Makerspace zeigte die Sonderschau beispielsweise einen Lernraum, der in vielerlei Hinsicht ideal auf künftige Berufsausbildung und Berufstätigkeit vorbereiten kann. Grosse Anziehungskraft hatte das Modell «Stadt der Zukunft», anhand dessen Schülerinnen und Schüler lernen können, komplexe Probleme handelnd und erkundend zu lösen. Gerade hier führ-

Der Thurgauer Wirtschaftstag BOOM! und das Zukunftslabor der PHTG gaben spannende Einblicke für Unternehmer und Unternehmerinnen.



te der Austausch zwischen IHK-Mitgliedern und Vertretern der PHTG auch zu Ideen für konkrete weitere Projekte, die lanciert werden sollen. Von beiden Seiten wurde zudem begrüsst, dass der Aufbau des Digital & Innovation Campus den Austausch und die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Bildung weiter stärken wird.

Entscheidungen fallen im Alltag

BOOM!, der neue Anlass der Thurgauer Wirtschaft, widmete sich bei seiner zweiten Ausgabe dem Thema «Entscheiden – mit Kopf, Bauch und Risiko». Über 300 Personen folgten gespannt den Referierenden, die das Fällen von Entscheidungen aus der Perspektive der Aviatik, des Profisports, unseres Gehirns und der künstlichen Intelligenz beleuchteten. Zum Auftakt von stand der Sportchef des FC St.Gallen 1879, Roger Stilz, auf der Bühne. Dabei sprach er über die Entscheidungsfindung im Spitzensport. Daniel «James» Pfiffner, Kommandant der Pilotenausbildung der Schweizer Luftwaffe, beschrieb, wie man lernen kann, Entscheidungen unter hohem Druck zu fällen. Er zeigt verschiedenen Parallelen zwischen der Aviatik und der Wirtschaft auf. Ein grosses Highlight des Programms war der Auftritt von Entscheidungsarchitekt Reto Blum, der dem Publikum auf humorvolle und einleuchtende Art und Weise vorführte, dass wir nicht immer Herr oder Frau der eigenen Entscheidung sind. Landwirt Mathias Roth, Livom-Mitgründer Sandro Haag, Bio-Bäckerin Anna Lehmann und Marktgebietsleiter Nicolas Steiner von UBS teilten verschiedene Erfahrungen aus ihrem beruflichen Alltag.



China, Gesundheit und Future Skills

Am Rande des stars Symposiums nutzten CEOs von exportorientierten Thurgauer Unternehmen auf Einladung der IHK die Gelegenheit, sich auf dem Wolfsberg mit China-Experte Jörg Wuttke zur aktuellen geopolitischen und wirtschaftlichen Situation in China auszutauschen. Für international tätige Unternehmen ist die aktuelle Situation in China sehr herausfordernd. Im Mai 2024 fand das sechste EcoOst Symposium statt. Ein nachhaltiges Gesundheitswesen in der Ostschweiz stand im Fokus der gemeinsamen Veranstaltung mit der IHK St.Gallen-Appenzell und der HSG. An der EcoOst Arena im August standen die Future Skills und New Work auf dem Programm. «New Work» hält Einzug in der Ostschweizer Wirtschaft. Das gilt längst nicht mehr nur für Grossunternehmen, sondern auch für KMU. Digitalisierung, Globalisierung und Multikrisen fordern Flexibilität und Agilität der Unternehmen. Neue Arbeitsformen wie flexible Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit, Homeoffice oder flache Hierarchien sind in vielen Ostschweizer Unternehmen bereits Alltag. Reto Ammann, CEO des SBW Haus des Lernens, identifizierte sechs Kompetenzen, die über den traditionellen Lehrplan hinausgehen und den Fokus auf die Persönlichkeitsentwicklung legen: Leidenschaft, Resilienz, Weltoffenheit, Nachhaltigkeit, Kreativität und Unternehmertum.

Vorstand spricht mit Regierungsrat über Staatsfinanzen

An der letztjährigen Generalversammlung sprach sich IHK-Präsidentin Kris Vietze für einen schlankeren Staat und mehr eigenverantwortliches Handeln aus. Zudem betonte sie die hohe Relevanz stabiler bilateraler Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Der Vorstand unserer Kammer traf während des Sessionsbesuch im vergangenen Juni neben den Thurgauer Parlamentarierinnen und Parlamentariern Botschafter Patric Franzen, der als Chefunterhändler die Verhandlungen der Schweiz mit der EU über die Weiterentwicklung der Bilateralen Verträge führte. Im November traf der Vorstand den Thurgauer Regierungsrat zum jährlichen Austausch. Dabei standen Diskussionen über die Staatsfinanzen, die Effizienz der Verwaltung sowie der DICT auf dem Programm.



Politikjahr 2024 unter dem Motto: «What's in it for me?»

Die IHK setzt sich ein für einen schlanken Staat und liberale Wirtschaftsbedingungen, als wesentliche Pfeiler von Wohlstand und Innovationskraft. 2024 war insofern ein herausforderndes politisches Jahr, als gleich mehrere Vorlagen beim Volk eine Mehrheit fanden, die den schleichenden Übergang von der Leistungs- zur Anspruchsgesellschaft illustrieren. Die Verantwortung wird für Vieles immer mehr dem Staat übertragen. Die IHK hält dies für eine gefährliche Entwicklung.

von Pascale Ineichen



Damit deine
Online-Bestellung
pünktlich ankommt.

JA
24. November

Sicherung der Nationalstrassen

IHK St.Gallen
Appenzel
1466 | **IHK** Industrie- und
Handelskammer
Thurgau | www.puenktlich-ostschweiz.ch

Sujet aus der gemeinsamen Kampagne mit
der IHK St.Gallen-Appenzell

Sowohl auf Bundes- als auch auf kantonaler Ebene wurden
2024 politisch wegweisende Entscheide gefällt.

Schicksalsjahr für die Sozialwerke: 13. AHV-Rente und Ablehnung BVG-Reform

Insgesamt drei Vorlagen zur AHV und der beruflichen Vorsorge kamen zur Abstimmung, welche allesamt im Sinne der linken Parteien und der Gewerkschaften und entgegen der Parolen der IHK entschieden wurden:

Die Initiative des Gewerkschaftsbundes, wonach alle Rentenbezüger unabhängig von ihrer finanziellen Situation eine 13. AHV-Rente erhalten sollen, fand an der Urne eine Mehrheit, obwohl dies mit Mehrkosten von jährlich 5 Milliarden Franken verbunden ist. Ohne Gegenmassnahmen läuft die AHV in wenigen Jahren in ein Finanzierungsdefizit. Die IHK engagierte sich als kantonaler Stützpunkt gegen die Vorlage. Immerhin lehnte der Thurgau als einer der wenigen Kantone das Ansinnen mit 51 Prozent vernünftigerweise ab. Bis heute ist die Finanzierung der Vorlage Gegenstand der politischen Debatte und noch nicht abschliessend geregelt. Gleichzeitig hatte die vernünftige Renteninitiative der Jungfreisinnigen an der Urne keine Chance. Sie wollte das Rentenalter sollte auf 66 Jahre anheben und später an die Lebenserwartung koppeln, um die AHV langfristig zu stabilisieren.

Auch die BVG-Reform im Herbst wurde an der Urne wuchtig verworfen: Um die Renten zu sichern, wollte die Vorlage den Umwandlungssatz im Obligatorium senken und Rentenlücken für Teilzeiterwerbende schliessen. Die IHK war auch für diese Kampagne kantonaler Kampagnen-Stützpunkt, welche in keinem einzigen Kanton eine Mehrheit fand.

Vernünftige Entscheide im Gesundheitswesen

Die Prämien-Entlastungsinitiative der SP, welche eine maximale Prämienlast im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen vorsah, sowie die Kostenbremsen-Initiative der Mitte wurden im Sommer an der Urne deutlich verworfen. Gutgeheissen wurde im Herbst hingegen die längst überfällige Reform zur einheitlichen Finanzierung von Leistun-



Das Thurgauer Komitee gegen die Einführung einer 13. AHV-Rente.

gen im Gesundheitswesen, welche wesentliche Fehlanreize beseitigt. Alle drei Gesundheitsvorlagen wurden somit im Sinne der IHK entschieden.

Die Zustimmung zum neuen Stromgesetz im Sommer erfolgte im Sinne der Parole der IHK. Es fördert die erneuerbaren Energien und macht entsprechende Zielvorgaben.

Verkehrspolitik:

Ein Schuss vor den Bug des STEP

Aus Thurgauer Sicht äusserst bedauerlich war das deutliche Scheitern der Vorlage zum Ausbau der Nationalstrassen im Herbst. Dieses strategische Entwicklungsprogramm des Bundes STEP hatte zum Ziel, Engpässe im Nationalstrassennetz zu beseitigen und die Sicherheit im Verkehr zu erhöhen. Die Annahme der Vorlage wäre auch ein wichtiges Zeichen für den planmässigen Ausbau der N23 (Bodensee-Thurthalstrasse) im Thurgau gewesen, welche aktuell vom ASTRA in einer Korridorstudie geprüft wird und für das nächste STEP vorgesehen ist. (vgl. dazu auch separater Artikel in diesem Fokus). Aufgrund der Wichtigkeit dieser Vorlage engagierte sich die IHK Thurgau gemeinsam mit der IHK St.Gallen-Appenzell und regionalen Unternehmen mit einer eigenen Kampagne für deren Annahme. Erfreulicherweise haben die Thurgauerinnen und Thurgauer den Ausbau angenommen, gesamtschweizerisch aber hatte er keine Chance.

Europapolitik:

Abschluss der Verhandlungen mit der EU

Ende Dezember schloss der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU zur Erneuerung der bilateralen Verträge ab. Zu den Details der Verhandlungsergebnisse wird er in den kommenden Monaten die entsprechende Botschaft präsentieren und diese zur Beurteilung in die Vernehmlassung schicken. Die IHK Thurgau begrüsst den Verhandlungabschluss und ist überzeugt, dass die Schweiz den bilateralen Weg auch in Zukunft weitergehen soll (vgl. dazu separater Artikel in diesem Fokus).

Wahlen für den Regierungsrat

Im April fanden im Thurgau die Ersatzwahlen für zwei Regierungsratssitze statt. Die IHK führte im Vorfeld mit allen Kandidatinnen und Kandidaten Hearings durch. Gewählt wurden Denise Neuweiler, die von der IHK zur Wahl empfohlen wurde und das Departement für Erziehung und Kultur übernahm, sowie Sonja Wiesmann, als neue Justiz- und Sicherheitsdirektorin. Sonja Wiesmanns plötzlicher Tod im Januar 2025 machte auch die IHK äusserst betroffen.

Das neue Leitbild zum Wirtschaftsstandort Thurgau wurde im März der Öffentlichkeit vorgestellt. Es hat zum Ziel, Handlungsoptionen aufzuzeigen, dank derer sich der Kanton Thurgau auch künftig als attraktiver und wirtschaftsfreundlicher Standort profilieren kann. Die IHK hat sich bei der Erarbeitung des Dokuments engagiert und wichtige Punkte aus der Perspektive der Unternehmen eingebracht.

WilWest und kantonale Finanzen

Im Oktober präsentierten die Regierungen von St.Gallen und Thurgau gemeinsam das überarbeitete Projekt zu «Wil West». Dieses sieht den Verkauf des entsprechenden Grundstücks an den Thurgau vor. IHK-Präsidentin Kris Vietze betonte an der Medienkonferenz, dass Wil West ein attraktiver, verkehrstechnisch gut erschlossener Wirtschaftsstandort ist, der die Nutzung wertvoller Synergien ermöglicht. Hitzig ging es im Grossen Rat anlässlich der Budgetdebatte im November zu und her: Die IHK hatte vor der Debatte in einem Schreiben alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte darauf hingewiesen, dass sie die von der Regierung vorgesehene Erhöhung des Steuerfusses um acht Prozent ablehnt. Die Kammer ist überzeugt, dass der Kanton ein Ausgaben- und nicht ein Einnahmenproblem hat und es zielführender wäre, eine strategische Leistungsüberprüfung mit einer Aufgabenverzichtsplanung vorzusehen und mittelfristig auch gebundene Ausgaben zu reduzieren.

Den bilateralen Weg für die Zukunft sichern

Die IHK Thurgau begrüsst den erfolgreichen Verhandlungsabschluss zur Erneuerung der bilateralen Verträge mit der EU. Der bilaterale Weg ist massgeschneidert für die Schweiz und trägt wesentlich zu Wohlstand und Innovationskraft bei. Unternehmen, Konsumentinnen und Konsumenten sowie die Gesellschaft als Ganzes profitieren davon. Das Resultat der Verhandlungen wird im Rahmen des anstehenden Vernehmlassungsverfahrens detailliert analysiert und beurteilt.

von Pascale Ineichen

Der Abschluss der Verhandlungen mit der EU ist ein bedeutender Meilenstein für die Fortführung des bilateralen Wegs. Nun gilt es, die Weichen für die künftige Zusammenarbeit mit der wichtigsten Handelspartnerin der Schweiz neu zu stellen.

Diskriminierungsfreien Zugang zum Binnenmarkt sichern

Die EU ist unsere wichtigste Handelspartnerin: Fast zwei Drittel aller Exporte aus der Ostschweiz mit ihrer starken Industrie gehen in die Nachbarstaaten. Dank den bilateralen Verträgen geniessen Schweizer Unternehmen einen diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Das Nicht-EU-Land Schweiz hat von allen Ländern den grössten Nutzen aus diesem Markt gezogen – auch aufgrund seiner geografischen Lage.

Die Vorteile für unsere Unternehmen sind weitreichend: Der diskriminierungsfreie Marktzugang gewährleistet, dass Produkte, die in einem Land des Binnenmarkts zugelassen sind, auch in allen anderen Ländern verkauft werden dürfen. Zusätzliche bürokratische und teure Zulassungsverfahren sind nicht nötig. Aufgrund der Personenfreizügigkeit können Staatsangehörige der Schweiz und der EU ihren Aufenthaltsort zum Studieren, Forschen, Wohnen oder Arbeiten unter bestimmten Voraussetzungen frei wählen. Die Schweiz wird auch künftig auf Fachkräfte aus den Nachbarländern angewiesen sein, da ihre Arbeitsbe-

völkerung markant schrumpft. Der Zugang zu den europäischen Bildungs- und Forschungsnetzwerken ist für unser Land ein wichtiger Baustein für die Attraktivität als innovativer Wirtschaftsstandort.

Abkommen zu Strommarkt und Lebensmittelsicherheit

Teil des Verhandlungspakets ist auch ein neues Strommarktabkommen: Die Schweiz ist eng mit dem Stromsystem der Nachbarländer verbunden. Das neue Abkommen sichert den Netzzugang, verbessert die Netzstabilität und erhöht damit die Versorgungssicherheit der Schweiz mit Strom. Risiken wie ungeplante Stromspitzen, welche das Netz belasten, können im Rahmen des Abkommens minimiert werden.

Mit dem neuen Abkommen zur Lebensmittelsicherheit wird die Schweiz Mitglied der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und erhält Zugang zu Frühwarnsystemen und Risikobewertungen, was Konsumentinnen und Konsumenten besser schützt.

Konkretisierung der Schutzklausel zur Steuerung der Zuwanderung

Während den Verhandlungen haben sich die Schweiz und die EU auf eine Neu-Konzeption der bestehenden Schutzklausel im Freizügigkeitsabkommen geeinigt, die bei schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen ausgelöst werden kann. Der Bundesrat



wird gleichzeitig mit der Botschaft zu den Bilateralen III einen Gesetzesentwurf im Rahmen des Ausländer- und Integrationsgesetzes erarbeiten, unter welchen Voraussetzungen die Schutzklausel greifen wird und welche Schutzmassnahmen denkbar sind.

Keine fremden Richter vorgesehen

Auch in den aktualisierten Verträgen gibt es keine fremden Richter: Mit dem neuen Streitbeilegungsmechanismus entscheidet die Schweiz bei Streitigkeiten in einem paritätischen Schiedsgericht mit und wird künftig damit weniger Opfer von sachfremden Vergeltungsmassnahmen seitens der EU, wie dies beispielsweise bei der Forschungszusammenarbeit oder der Anerkennung der Börsenäquivalenz der Fall war.

Die Schweiz entscheidet im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme eigenständig und unter Berücksichtigung ihrer direkt-demokratischen Prozesse (Gewährleistung der Referendumsmöglichkeit). Akzeptiert sie in einem bestimmten Fall die Rechtsauslegung des EuGH bzw. den Entscheid des Schiedsgerichts nicht, so kann die EU verhältnismässige Aus-

gleichsmassnahmen im betreffenden oder einem anderen Binnenmarktabkommen gegen die Schweiz ergreifen.

Ohne Erneuerung der Verträge erodieren die bisherigen Abkommen

Wenn wir die bestehenden Verträge nicht erneuern, ist der bilaterale Weg gefährdet. Der Status quo ist keine Option, weil die Schweiz so den diskriminierungsfreien Marktzugang schleichend verlieren würde. Ohne Aktualisierung würden die bestehenden Abkommen nacheinander erodieren. Erste Folgen dieser Erosion zeigten sich beispielsweise bereits im Bereich der Medizinaltechnik, wo Medtech-Firmen für die Marktzulassung mehrere Hundert Produkte neu zertifizieren lassen mussten, weil das entsprechende Abkommen abgelaufen und von der EU nicht erneuert worden war.

Ohne Vertragserneuerung würden auch die Beziehungen im Bereich der Bildung und Forschung mittelfristig erodieren: Als Konsequenz wären Forschende ohne Zugang zum Programm Horizon nicht mehr gleich in die europäische Forschungszusammenarbeit eingebunden. Was die Folgen davon sind, hat die Schweiz bereits einmal schmerzhaft zu spüren bekommen.

Bilateraler Weg als massgeschneiderte Lösung für die Schweiz

Mit dem bilateralen Weg hat die Schweiz über Jahrzehnte in entscheidenden Bereichen von Europas Potenzial profitiert – sei es durch qualifizierte Zuwanderung, stabile Lieferketten oder bessere Absatzchancen für innovative Produkte. Die Abkommen erlauben eine massgeschneiderte Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU wie sie kein anderes Land in dieser Form kennt.

Der bilaterale Weg ist sicher nicht alternativlos: Aber er ist die bessere Option als ein Freihandelsabkommen, das vor allem Zölle senkt und erst auszuhandeln wäre, oder ein EWR-Beitritt, der mehr Rechtsübernahme beinhaltet und in der Integration wesentlich weiterginge als die bilateralen Verträge.

In der kommenden Abstimmungsdiskussion sollten wir deshalb den Blick aufs grosse Ganze nicht verlieren und diesen massgeschneiderten Weg der Zusammenarbeit für die Schweiz auch in Zukunft sichern.



ASTRA gibt Ergebnisse der Korridorstudie zur N23/BTS bekannt

Am 18. Dezember 2024 informierte das Bundesamt für Strassen (ASTRA) über die Ergebnisse der Korridorstudie zur Bodensee-Thurtalstrasse (BTS). Die aufgrund der Analysen nun vorgesehene Lösungsvariante beinhaltet als Kernelemente zwei Umfahrungen – in Weinfelden und im Raum Amriswil/Romanshorn. Weitere Optimierungs-Massnahmen sollen für den Langsamverkehr und den öffentlichen Verkehr umgesetzt werden. Die IHK Thurgau begrüsst zwar den vorgesehenen Ausbau der Strasse, hätte eine weitergehende Variante aber bevorzugt.

von Pascale Ineichen

Mit der Korridorstudie zur N23 prüfte das Bundesamt für Strassen verschiedene Lösungsvarianten zum Ausbau der Bodensee-Thurtalstrasse/N23 unter Einbezug von Kanton und Gemeinden. Im Rahmen von drei Foren konnten sich zudem verschiedene Interessenvertretungen einbringen.

IHK betont wirtschafts- und regionalpolitische Bedeutung der N23

Die IHK hat sich aktiv am Prozess beteiligt und ausdrücklich auf die hohe wirtschafts- und regionalpolitische Bedeutung der Strasse für die Erschliessung des Kantons Thurgau hingewiesen: Entlang der Strecke der N23 befinden sich fast 50 000 Arbeitsplätze, was ungefähr einem Drittel aller Arbeitsplätze im Kanton entspricht. Was den Güterverkehr betrifft, weist der Streckenabschnitt Weinfelden westwärts bis zum Kreuz Grüneck eine der höchsten Tonnagen im ganzen Kanton auf. In der Region Oberthurgau wird aufgrund des Fehlens eines N23-Anschlusses aktuell hoher Ausweichverkehr auf den kantonalen Strassen generiert – westwärts Richtung Kreuzlingen und ostwärts Richtung St.Gallen.

Variante mit Umfahrungen in Weinfelden und Amriswil/Romanshorn

Das ASTRA hat acht Varianten des Ausbaus bzw. der künftigen Streckenführung der N23 geprüft. Hauptziel für das ASTRA war eine «gesamtverkehrlich ausgerichtete Lösungskonzeption». Die Lösungsvarianten beziehen sämtliche Verkehrsträger ein. Auch der Einfluss der geplanten

Oberlandstrasse (OLS) wurde in der Bewertung berücksichtigt. Das beste Kosten-/Nutzenverhältnis wies gemäss der Analyse des ASTRA die nun favorisierte Variante «Entlastung Zentren» auf. Sie entlastet 5000 Einwohnerinnen und Einwohner, bei einem relativ geringen Flächenbedarf von 38 Hektaren und geschätzten Kosten von 2,1 Milliarden Franken.

Die Variante beinhaltet zwei grössere Umfahrungsprojekte: Einen Umfahrungstunnel nördlich von Weinfelden (Ottenberg-Tunnel) sowie eine Umfahrung im Raum Amriswil/Romanshorn. Diese führt von Biessenhofen als nördliche Umfahrung von Amriswil an den süd-westlichen Rand von Romanshorn und dann westlich von Egnach zurück zur N23 bei Neukirch. Bei Amriswil und Romanshorn sind teilweise Überdeckungen vorgesehen, um die Lärmbelastung zu reduzieren. Die beiden Projekte sollen in einem Zeithorizont von 15 bis 20 Jahren realisiert werden. Später bestünde zudem die Möglichkeit zur Realisierung der Umfahrung von Bürglen.

Zusätzlich kurzfristige Massnahmen für Langsamverkehr und öffentlichen Verkehr

In den kommenden 10 bis 15 Jahren sollen zunächst punktuelle Massnahmen entlang der Strecke umgesetzt werden, um den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit zu verbessern. Vorgesehen ist der Ausbau im Bereich des Fuss- und Veloverkehrs mit Querungen und Erweiterungen der Velonetze. Zudem sind Optimierungen und Ergänzungen für den öffentlichen Verkehr geplant, denn ausserhalb der

Stammstrecke sind die Reisezeiten in der Region lang. Auch beim motorisierten Individualverkehr sind Massnahmen vorgesehen, insbesondere bezüglich der Reduktion der Lärmbelastung, Verbesserung von Knoten- und Gestaltung und Behebung von Unfallschwerpunkten. Das ASTRA hält fest, dass es den Zeitrahmen und die Zuständigkeiten für diese prioritär anzugehenden Massnahmen demnächst festlegen wird.

Ablehnung der STEP-Vorlage erschwert weitere Planung

Die Weiterverfolgung und Konkretisierung der skizzierten Umfahrungsprojekte in Weinfelden und Amriswil/Romanshorn soll im Rahmen des nächsten Strategischen Entwicklungsprogramms (STEP) entschieden werden. Bedauerlicherweise lehnte das Schweizer Stimmvolk wenige Tage vor der Präsentation der Studien-Resulate die Vorlage zum Ausbau der Nationalstrasse im Rahmen des STEP 2024 an der Urne deutlich ab. Diese hatte zum Ziel, besonders neuralgische Stellen im Nationalstrassen-Netz auszubauen und damit die Stauzeiten zu reduzieren sowie die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Die Ablehnung dieser Vorlage wird Auswirkungen auf die Definition des kommenden STEP haben, zu dem auch die Umsetzung der N23-Projekte gehört.

Das ASTRA geht davon aus, dass der Bundesrat das nächste STEP voraussichtlich 2026 in die Vernehmlassung schicken wird, hat nun aber erstmal einen Marschhalt beschlossen und lässt sämtliche noch nicht baureifen Bahn- und Strassenprojekte bis zum Herbst durch die ETH Zürich überprüfen und priorisieren.

Zeitnahe Konkretisierung der nächsten Umsetzungsschritte nötig

Die IHK Thurgau hätte einen weitergehenden Ausbau der N23 bevorzugt, unterstützt aber die vom ASTRA vorgeschlagene Variante Zentrum und begrüsst die beiden vorgesehenen grösseren Umfahrungsprojekte in Weinfelden und im Raum Amriswil/Romanshorn. Es ist bedauerenswert, dass für die Umsetzung dieser Projekte nochmals 20 Jahre nötig sein sollen, denn aufgrund der eingangs erwähnten wirtschafts- und regionalpolitischen Bedeutung der Strasse sollte die Umsetzung so schnell als möglich erfolgen. Die IHK wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin dafür einsetzen, dass die Ausbaumassnahmen möglichst rasch erfolgen. Denn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Thurgau haben 2012 nicht nur JA zur Bodensee-Thuraltstrasse gesagt, sondern auch die STEP-Vorlage vom vergangenen November angenommen.

Variante Entlastung Zentren (in Anlehnung an Präsentation des ASTRA vom 18.12.2024).



RAIFFEISEN

Thurgauer Raiffeisenbanken

«Liquidität bank- und firmenübergreifend steuern?»

Ganz einfach: mit Raiffeisen KMU eServices.

Entdecken Sie unsere Banking-Plattform und steuern Sie Ihre Liquidität bank- und firmenübergreifend.

Mehr erfahren:

Bildungszentrum für Technik Frauenfeld
Berufliche Weiterbildung

Thurgau

**Bereit fürs Rampenlicht?
Weiterbildung im Fokus.**

Beginne deine Karriere mit einem Studium am BZT.

Infoabende 2025
29. April / 19. Juni
19–20 Uhr

weiterbildung.bztf.ch

gedruckt in der schweiz

IMPRESSUM Fokus IHK – 22. Jahrgang / Nr. 1/2025. Das Magazin der Industrie- und Handelskammer Thurgau. Schmidstrasse 9, 8570 Weinfelden. **ERSCHEINUNGSWEISE** Viermal jährlich **REDAKTION** Jérôme Müggler, info@ihk-thurgau.ch, T 071 622 19 19. **ADRESSÄNDERUNGEN** info@ihk-thurgau.ch. **TEXTE UND BILDER** Wir bedanken uns bei allen Verfassern und Fotografen, welche sich an dieser Ausgabe beteiligt haben. **VERLAG** MetroComm AG, Schmidstrasse 9, 8570 Weinfelden, Tel. 071 272 80 50, www.metrocomm.ch, info@metrocomm.ch. **VERLAGSLEITUNG** Natal Schnetzer, nschnetzer@metrocomm.ch. **PR-REDAKTION** Dr. Stephan Ziegler, sziegler@metrocomm.ch. **ANZEIGENMARKETING** Renate Bachschmied, renate.bachschmied@metrocomm.ch. **MEDIADATEN** Siehe Mediadokumentation 2025 > QR-Code. **LAYOUT** Bea Lang, blang@metrocomm.ch. **KONZEPT** Annina Hahn – Grafisches Atelier. **PRODUKTION** Brüggli Medien, 8590 Romanshorn. **TITELBILD** Adobe Stock.



PUBLI-REPORTAGE

2. KEEST EVENING FLASH am 13. Mai 2025

Seit 1.1.2025 sind drei neue Energie- und Klimagesetze auf Bundesebene in Kraft getreten: das CO₂-Gesetz, das Klima- und Innovationsgesetz (KIG) sowie das Stromgesetz (Mantelerlass).

KEEST
Wilerstrasse 18
CH-9542 Münchwilen
+41 71 969 69 56
www.keest.ch



Informieren Sie sich aus erster Hand wie Sie als Unternehmer oder Unternehmerin davon betroffen sind.

Erfahren Sie exklusiv in Rahmen des 2. KEEST EVENING FLASH am Dienstag, 13. Mai 2025, bei Schmid AG energy solutions in Eschlikon mehr über die Konsequenzen:

- aus Sicht von Swissmem und eines Unternehmers,
- aus Sicht der Thurgauer Regierung sowie über die
- Handlungsmaximen für KMU aus der Praxis.



Melden Sie sich heute an unter www.keest.ch und verwenden Sie den Code «IHK» für Ihr Gratisticket (im Wert von CHF 60).

CO₂-Ziele sind das neue «Must-have» der KMU

In der Kooperation «Go-for-Impact – Die Zukunft der Schweizer Wirtschaft gestalten» verschreiben sich Organisationen und Verbände wie Economiesuisse, Kunststoff. Swiss, Swissmem und viele weitere bereits heute der Zielsetzung, bis 2050 die Treibhausgas-Emissionen auf Netto Null zu reduzieren.

Dies führt zu wachsenden Auflagen wie z.B. Treibhausgas-Bilanzierungen zu dokumentieren und entsprechende CO₂-Absenkpfade festzulegen. Als Zulieferanten von grösseren Firmen werden somit auch KMU mit in die Pflicht genommen.

Die Inhalte und Verpflichtungen aus den neuen Bundesgesetzen gelangen auch im neuen Energiegesetz des Kantons Thurgau zur Anwendung, welches bereits seit einem Jahr in der Überarbeitung bzw. in Vernehmlassung ist.

Zwei Handlungsfelder für KMU

Nebst der Erfüllung der Pflichten im Vollzug des Energie Gross-Verbraucher-Artikels treten zwei weitere Herausforderungen in den Vordergrund, denen man sich als Unternehmer oder Unternehmerin baldmöglichst stellen muss: Zum einen die Dekarbonisierung der Produktions- und Betriebsprozesse und zum anderen die Treibhausgas-Bilanzierung nach Greenhouse-Gas-Protokoll, und zwar über die gesamte Wertschöpfungskette.

Betriebe, die Treibhausgas-Bilanzierungen erstellen wollen oder müssen, üben je länger je mehr Druck auf ihre Zulieferer aus, ihrerseits Treibhausgas-Bilanzierungen zu erstellen sowie CO₂-Reduktionsziele zu setzen, beispielweise nach SBTi-Standard (Science Based Targets initiative), und entsprechende Massnahmen zur Verringerung des CO₂-Fussabdrucks im Unternehmen einzuleiten.

ANMELDUNG / PROGRAMM:
CODE «IHK» FÜR GRATISTICKET

Dienstag, 13. Mai 2025
ab 16:30 Uhr bis 20:00 Uhr

Schmid AG energy solutions
Hörnlistrasse 12
8360 Eschlikon



Zunehmende Regulierungslast behindert Thurgauer Unternehmen

Zur Optimierung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft lässt der Regierungsrat des Kantons Thurgau alle Erlasse im kantonalen Rechtsbuch auf ihre Notwendigkeit überprüfen. Gemäss einer Umfrage der IHK unter ihren Mitgliederunternehmen liegt das Hauptproblem der Regulierung in der zunehmenden Gesamtlast sowie in der wachsenden Komplexität der Abläufe – insbesondere bei Bewilligungsverfahren.

von Pascale Ineichen

Die IHK Thurgau begrüsst das in den Regierungsrichtlinien 2024 bis 2028 genannte Ziel des Regierungsrats, zur Optimierung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft alle Erlasse im Thurgauer Rechtsbuch auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Dabei sollen diejenigen Erlasse identifiziert werden, die sich gestützt auf praktische Erfahrung insgesamt als nicht notwendig erwiesen haben.

Gesamtregulierungslast nimmt zu

Die zunehmende Regulierungslast ist nicht nur im Thurgau spürbar, sondern in der ganzen Schweiz. Gemäss dem aktuellen Bürokratiemonitor des SECO stufen 60 Prozent der befragten Unternehmen die administrative Belastung als «eher hoch» oder «hoch» ein und ebenfalls 60 Prozent sind der Meinung, dass diese seit der letzten Befragung 2018 zugenommen hat.

Die fünf Bereiche, in denen die Regulierungslast von Unternehmen am drückendsten wahrgenommen wird, sind Bauvorhaben, Lebensmittelhygiene, Ein- und Ausfuhr von Waren, das Einholen von Bewilligungen sowie der Ausbau von Produktionsanlagen. Am meisten zugenommen haben die Auflagen in den letzten fünf Jahren gemäss den Unternehmen bei Vorschriften im Bereich Arbeitsrecht und Umwelt. Auch im internationalen Vergleich hat die Schweiz verloren und ist bezüglich Regulierungsdichte zurückgefallen.



IHK-Mitgliederunternehmen sehen wachsende Komplexität bei Bewilligungsverfahren

Von November 2024 bis Januar 2025 führte die IHK Thurgau zur Regulierungslast eine nicht-repräsentative Umfrage unter ihren Mitgliedern durch. Diese waren aufgefordert, hinderliche Abläufe kurz zu beschreiben und nach Möglichkeit die entsprechende, nicht notwendige, Rechtsvorschrift zu bezeichnen. Verschiedene Unternehmen haben sich an der Umfrage beteiligt sowie auch per Email und mündlich Rückmeldung gegeben.

Die meisten der befragten Unternehmen bekundeten allerdings Mühe, eine mit Bürokratie verbundene Erfahrung

auf ein bestimmtes Gesetz oder eine konkrete Vorschrift zurückzuführen. Das Hauptproblem sehen sie nicht primär in einzelnen Erlassen, sondern vor allem in der wachsenden Komplexität der Abläufe und den Schnittstellen zwischen den verschiedenen behördlichen Stellen.

Folgende Rückmeldungen verdeutlichen dies beispielhaft: «Die Ausgangslage präsentiert sich derart vielschichtig, dass man sich über kurz oder lang in Details verliert, die in der Summe zu dieser unbefriedigenden Situation führen, mit der unser Tagesgeschäft mehr und mehr befrachtet ist.» Die Rede ist von Zeit und Geld kostenden Doppelspurigkeiten zwischen Kanton und Gemeinden: So seien beispielsweise «Baubewilligungsverfahren eine zwar kommunale Aufgabe. In Realität sind aber längstens derart viele kantonale Fachämter involviert, dass nur noch die personell gut dotierten Städte und grossen Gemeinden wirklich entscheidungsautark sind.»

Viel Effizienz würde in der Koordination zwischen den verschiedenen Behörden auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen verlorengehen: «Weil diese in den vergangenen Jahren gewachsen ist, ist die Abgrenzung zum Teil nicht mehr so klar.» Nicht einzelne Vorschriften sind das Problem, «sondern die generelle Zunahme im Total. Deshalb sollte man darüber nachdenken, ob Vorschriften nach einer bestimmten Zeit automatisch in Frage gestellt werden sollen oder bei der Schaffung jedes neuen Erlasses ein alter abgeschafft werden soll.»

Mehr Augenmass und Pragmatismus gefragt

Als hinderlich wahrgenommen werden hauptsächlich Vorschriften im Zusammenhang mit Bewilligungsverfahren. Es scheint, dass vor allem die Erhebung zusätzlicher Informationen und Anforderungen gemäss Merkblättern und Formularen zunimmt – und nicht einzelne Gesetzes- oder Verordnungsartikel das Hauptproblem sind. Am häufigsten beanstandet wird dies für Baubewilligungsverfahren – konkret beispielsweise die Einhaltung der Normen beim Feuerschutz. Gemachte Auflagen stünden oft nicht im Verhältnis zum bestehenden Risiko und würden geplante Investitionen so unnötig verteuern. Auch Anforderungen bezüglich Arbeitssicherheit und Umweltschutz (Chemikalienrecht, Abwassergefährdung) seien in letzter Zeit deutlich gestiegen.

Beispielhaft erwähnt sei ein KMU in Bezug auf die Erfahrung mit einer kleineren Baueingabe: «Es werden Vorgaben geltend gemacht, welche unseres Erachtens überhaupt nicht im Verhältnis zum Risiko sind. Im Weiteren wurden im Zusammenhang mit der Baueingabe Daten erhoben, die in keinem direkten Zusammenhang mit dem Vorhaben stehen ... Entsprechende Vorgaben verteuern die Investitionen unabhängig vom Gefährdungspotenzial. Hier wäre unseres Erachtens mehr Selbstverantwortung und Augenmass angebracht.»

Als Fazit der IHK-Umfrage lässt sich festhalten, dass insbesondere eine Vereinfachung der Bewilligungsverfahren Not tate. Hier gilt es, Abläufe effizienter zu gestalten sowie Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zwischen den verschiedenen behördlichen Stellen zu entflechten. Mehrfach wurde in der Umfrage aber auch betont, dass die Behörden im Thurgau zugänglich und die Wege kurz sind. Dies solle in jedem Fall so bleiben. Der Wirtschaft aber würde es dienen, wenn bei Bewilligungsverfahren weniger formalistisch an Kleinigkeiten festgehalten, sondern der gesetzlich mögliche Handlungsspielraum zugunsten der Unternehmen konsequent ausgenutzt würde. Die Anwendung der Vorschriften sollte wieder vermehrt mit Augenmass und Pragmatismus erfolgen.



WIRTSCHAFT

Wie inländische Arbeitskräfte optimal gefördert werden

Die Personenfreizügigkeit und der Zugang zu ausländischen Arbeitskräften sind für Schweizer Unternehmen von grosser Bedeutung, lösen aber in der Schweizer Bevölkerung auch Besorgnis aus. Gegenwärtig wird die Personalrekrutierung durch den demografischen Wandel und den Arbeitskräftemangel erschwert. Eine Lösung ist die bessere Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials durch gezielte wirtschaftliche Massnahmen und politische Rahmenbedingungen.

von Fiona Rast

Der liberale Schweizer Arbeitsmarkt war in den letzten zwei Jahrzehnten durch das konstante Wirtschaftswachstum leistungsfähig. Dazu haben die Personenfreizügigkeit mit der EU und der Marktzugang zum Binnenmarkt beigetragen. Trotz verschiedener Krisen konnten die Unternehmen attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Dieses Ergebnis wird von den Arbeitsmarktzahlen unterstrichen. Die Erwerbslosenquote der 15- bis 64-Jährigen liegt seit 2000 bei durchschnittlich 4,4 Prozent – einer der tiefsten Werte weltweit. Zudem hat die Schweiz mit 82,4 Prozent eine bemerkenswert hohe Erwerbsquote, deutlich über dem OECD-Schnitt von 71 Prozent. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt auf die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Schweiz zurückzuführen, wodurch auch der Anteil der Teilzeitbeschäftigten zugenommen hat.

Hohe Zufriedenheit bei Erwerbstätigen

Auch für ältere Arbeitnehmende erweist sich die Schweiz als attraktives Arbeitsumfeld. Die Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen liegt mit 77,5 Prozent im Jahr 2023 auf einem international hohen Niveau. Auch die Reallöhne haben sich seit dem Jahr 2000 positiv entwickelt, der Reallohnindex ist bis 2023 um über 12 Prozent gestiegen. Diese positiven Werte spiegeln sich auch in der Zufriedenheit der Erwerbstätigen wider. Gemäss der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2022 sind vier von fünf Erwerbstätigen mit ihrer Arbeit zufrieden. Zurückzuführen ist das darauf, dass Schweizer Arbeitsplätze im europäischen Vergleich einen grossen individuellen Gestaltungsspielraum,

vielfältige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Aufstiegschancen und Mitsprachemöglichkeiten bieten.

Demografischer Wandel in der Schweiz

Die Schweiz konnte diese positiven Arbeitsmarktzahlen vor allem erreichen, weil bisher die geburtenstarken Jahrgänge im erwerbsfähigen Alter waren und somit viele Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Im kommenden Jahrzehnt wird zum Problem, dass die Babyboomer zunehmend aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und aufgrund der demografischen Struktur durch die nachrückenden Generationen nicht mehr ausreichend ersetzt werden können. Bereits heute herrscht in der Schweiz ein Arbeitskräftemangel. Das Angebot an inländischen Arbeitskräften nimmt ab, während die Nachfrage aufgrund der steigenden Produktivität zunimmt. Schätzungen gehen davon aus, dass in der Schweiz in den nächsten zehn Jahren rund 460 000 Vollzeitstellen fehlen werden.

Ausschöpfung des inländischen Arbeitspotenzial als Lösung

Neben dem Arbeitskräftemangel gibt es aber auch die Sorge der Schweizer Bevölkerung vor einer steigenden Nettozuwanderung. Hier

Frauen in der Schweiz arbeiten oft in tieferen Pensen.



gibt es im Wesentlichen zwei Lösungsansätze. Entweder eine staatliche Begrenzung der Zuwanderung aus dem EU-Raum oder die Substitution von Arbeitskräften aus dem EU-Raum durch inländische Arbeitskräfte. Der erste Ansatz, vertreten durch die sogenannte «Nachhaltigkeitsinitiative», fordert eine Begrenzung der Bevölkerung auf 10 Millionen und die Kündigung der Personenfreizügigkeit. Dieser Vorschlag würde die Bilateralen I gefährden, weil die Verträge durch die Guillotine-Klausel miteinander verbunden sind. Der zweite Lösungsansatz, welcher auch im Sinne der Wirtschaft ist, setzt auf eine bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Die Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials ist notwendig, um den Arbeitskräftemangel in Zukunft zu decken und die Schweiz unabhängiger von ausländischen Arbeitskräften zu machen. Trotz dieser inländischen Anstrengungen ist aber unbestritten, dass wir auch in Zukunft auf eine subsidiäre und möglichst sozialverträgliche arbeitsmarktbezogene Zuwanderung angewiesen sein werden.

Massnahmen für Schweizer Wirtschaft und Politik

Viele Unternehmen haben bereits Massnahmen gegen den Arbeitskräftemangel eingeleitet. Gemäss einer Umfrage von Economiesuisse sind es fast zwei Drittel der 448 befragten Unternehmen. Davon hat knapp die Hälfte ihr Aus- und Weiterbildungsangebot für die Mitarbeitenden erweitert. Dazu gehören der Ausbau von Lehrstellen sowie die Übernahme von mehr Ausbildungskosten für Mitarbeiten-

de. Mehr als ein Drittel der Unternehmen verbesserte gezielt die Anstellungsbedingungen, dabei sind Lohnerhöhungen nur ein Teilaspekt. Flexiblere Arbeitszeiten, bessere Aufstiegsmöglichkeiten und mehr Eigenverantwortung gehören ebenfalls zu den Massnahmen, um das Arbeitsumfeld attraktiver zu gestalten. Zudem nutzt rund ein Drittel der Unternehmen neue Rekrutierungskanäle, insbesondere Social Media, um eine breitere Zielgruppe zu erreichen.

Angepasstes Arbeitsrecht als Schlüssel zum Erfolg

Diese Massnahmen allein reichen jedoch nicht aus, um das Problem des Arbeitskräftemangels zu lösen. Es braucht auch die Unterstützung der Politik, um vorhandenen Rahmenbedingungen anzupassen. Das starre Arbeitsrecht muss an die heutigen Präferenzen der Arbeitnehmenden angepasst und die Ausbildung stärker auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden. Auch die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist entscheidend, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Für Frauen sind vor allem Teilzeitmöglichkeiten und flexible Arbeitszeiten sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zentrale Themen. Auch steuerliche Anreize wie Individualbesteuerung und Steuerprogression spielen eine Rolle. Dazu müssen bürokratische Hürden abgebaut und Innovationspielräume gefördert werden.

Insgesamt steht die Schweiz vor der Aufgabe, nicht nur ihre Arbeitskräfte gezielt zu fördern, sondern auch die richtigen Weichen zu stellen, damit Unternehmen und Staat gemeinsam den Fachkräftemangel bewältigen können.



MEHR INFOS
ZUM THEMA:



Wie die Firma Glatz Menschen und Städte vor der Sonne schützt

Seit 130 Jahren entwickelt und produziert die Glatz AG hochwertige Sonnenschirme und Beschattungskonzepte. Das traditionsreiche Familienunternehmen begann einst mit der Herstellung von Regen- und Sonnenhandschirmen. Heute zählt Glatz zu den weltweit führenden Herstellern von Garten- und Grossschirmen und bietet massgeschneiderte Lösungen nicht nur für Privatkunden, sondern auch für die Gastronomie, Hotellerie und ganze Städte.

von Fiona Rast

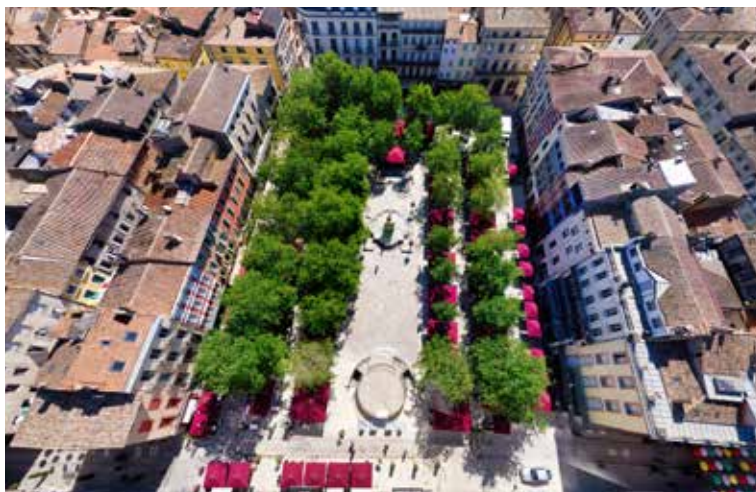
«Ein Schirm ist nicht gleich ein Schirm», erklärt Markus Glatz, Verwaltungsratspräsident und Inhaber des Familienunternehmens in vierter Generation, bei unserem Besuch am neuen Firmensitz der Glatz AG in Frauenfeld. Die Anforderungen an Sonnenschirme hätten sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Längst gehe es nicht mehr nur um Funktionalität. Design, Qualität, Bedienkomfort und Service spielten eine ebenso wichtige Rolle. Ein modernes Schirmkonzept muss sich flexibel anpassen und der Sonne folgen können. Dies ermöglichte unter anderem die Entwicklung des Seitenmastschirms, der dank seiner Neige- und Drehfunktion aus verschiedenen Winkeln Schatten spendet und so neue Möglichkeiten im Sonnenschutz bietet. Eine weitere Innovation von Glatz ist das gegenläufige Öffnungsprinzip mit Teleskopsystem: Diese Technik macht es möglich, dass ein Grossschirm beim Schliessen nach oben fährt, sodass der tiefste Punkt des Schirmdachs im geschlossenen Zustand über dem Mobiliar liegt. Besonders in der Gastronomie ist dies von Vorteil, da Tische und Stühle beim Schliessen des Schirms nicht verschoben werden müssen.

Sonnenschutz nach Mass

Neben innovativem Design zeichnet sich Glatz auch durch massgeschneiderte Schirme aus, die individuell auf die Wünsche der Kunden ab-

gestimmt werden. Ob asymmetrische Grossschirme oder Spezialanfertigungen in Sondergrössen, Glatz ermöglicht es, Schirme so zu gestalten, dass sie sich perfekt in die jeweilige Umgebung einfügen. Darüber hinaus bietet das Unternehmen mit einer Auswahl von 70 verschiedenen Stofffarben und der Möglichkeit, auch das Gestell farblich anzupassen, umfangreiche Individualisierungsmöglichkeiten. Glatz richtet sich an einen breiten Kundenkreis, der von Privatpersonen über Betriebe in der Gastronomie und Hotelbranche bis zu Städten reicht. Diese Kunden-Diversität bietet dem Unternehmen auch eine gewisse Robustheit gegenüber Marktschwankungen.

Die Stadt Carcassonne in Frankreich setzt auf Glatz Sonnenschirme, um den öffentlichen Raum zu beschatten.





Die Montage-
abteilung in
der neuen
Produktionshalle
in Frauenfeld.

Ein Blick in die Produktionshalle von Glatz

COO Rolf Keller führt uns mit spürbarer Begeisterung durch die neue, moderne Produktionshalle in Frauenfeld. Hier werden die Schirme von Glatz direkt nach Kundenwunsch gefertigt. Die Stoffe werden von Hand genäht, bevor der Schirm vor Ort montiert wird. Nach Eingang der Bestellung erfolgt die Lieferung innerhalb von 10 bis 15 Tagen. Hier hat Glatz AG drei zuvor separate Standorte zusammengeführt, wodurch Transportwege verkürzt und Arbeitsabläufe effizienter gestaltet werden konnten.

Nachhaltigkeit wird am neuen Firmensitz grossgeschrieben. Das Gebäude ist optimal isoliert, sodass es im Winter Wärme speichert und im Sommer ohne aktive Kühlung auskommt. Zusätzlich sorgen Photovoltaikzellen auf dem Dach für eine hohe Energieunabhängigkeit.

Glatz reagiert auf Klimawandel mit Innovation

Auch Glatz ist vom Klimawandel betroffen, der für das Unternehmen sowohl neue Chancen als auch Herausforderungen mit sich bringt. Steigende Temperaturen in Städten erhöhen die Nachfrage nach professionellen Beschattungslösungen. Ein Beispiel dafür ist die Stadt Carcassonne in Frankreich, die auf massgeschneiderte Schirmsysteme von Glatz setzt, um öffentliche Plätze mit Grossschirmen zu beschatten und so die Sonneneinstrahlung zu reduzieren. Auch in Schaffhausen auf dem Stadtplatz Herrenacker sowie in Zürich auf dem Sechseläutenplatz hat Glatz städtische Beschattungskonzepte umgesetzt.

Gleichzeitig stellen die immer extremer werdenden Wetterbedingungen mit stärkeren Winden und plötzlichen Klimaschwankungen hohe Anforderungen an die Stabilität der Schirme. So halten die Glatz Schirme mit der



Der Gartenschirm Sombrano® S+ bietet durch seine Neige- und Drehfunktion optimalen rundum Sonnenschutz.

richtigen Befestigung und Handhabung heute Windgeschwindigkeiten von bis zu 115 km/h stand, wie zum Beispiel auf dem Monte Generoso im Tessin. Deshalb investiert Glatz kontinuierlich in die Weiterentwicklung seiner Produkte, um sie nicht nur widerstandsfähiger, sondern auch funktionaler und eleganter zu gestalten.

Weltweiter Vertrieb mit Swissness

Um die weltweite Nachfrage optimal bedienen zu können, hat Glatz seine internationale Präsenz ausgebaut. Ein neu geschaffener Euro-Hub in Deutschland dient als Logistikzentrum für den europäischen Markt. Produktionsstandort für die hochwertigen Sonnenschirme bleibt aber bewusst Frauenfeld, denn Glatz steht auch für Swissness. Wichtig ist dem Unternehmen die individuelle Beratung, damit Kundinnen und Kunden die für sie und ihre Umgebung passende Lösung finden. Deshalb legt das Unternehmen grossen Wert auf die Ausbildung der internationalen Vertriebspartner. Diese werden am Firmensitz in Frauenfeld gezielt geschult, damit sie nicht nur fachkundig beraten, sondern Sonnenschirme direkt vor Ort auch fachgerecht montieren sowie Reparaturdienstleistungen erbringen können. Mittlerweile sind weltweit über 1750 zertifizierte Vertriebspartner für Glatz tätig.

GLATZ AG

Der Schweizer Sonnenschirmhersteller Glatz AG mit Sitz in Frauenfeld verbindet 130 Jahre handwerkliche Tradition mit innovativem Design. Ein Marktführer in Europa, der individuelle Sonnenschutzlösungen sowohl für den Privat- als auch für den Objektbereich bietet. Mit einer beeindruckend breiten Palette an Kombinationsmöglichkeiten und einem tief verankerten Qualitätsanspruch.

Die GLATZ AG beschäftigt in Frauenfeld rund 100 festangestellte Mitarbeitende, darunter Fachkräfte aus den Bereichen Logistik, Mechanik, Engineering, Näherei und kaufmännische Berufe.

Am 17. Mai 2025 lädt die Glatz AG zu einem Tag der offenen Tür ein, bei dem der neue Firmensitz in Frauenfeld erkundet und spannende Einblicke in die Produktion gewonnen werden können.

WIRTSCHAFT

Internationales Umfeld belastet die Ostschweizer Industrie

Die Ostschweizer Exportindustrie leidet weiter unter der schwachen Nachfrage, während neue US-Zölle und die Krise in Deutschland für zusätzliche Unsicherheiten sorgen. Das Gastgewerbe und der Detailhandel profitieren von einem erfolgreichen Wintergeschäft, die Bauwirtschaft verzeichnet dank steigender Investitionen eine anhaltend hohe Nachfrage.

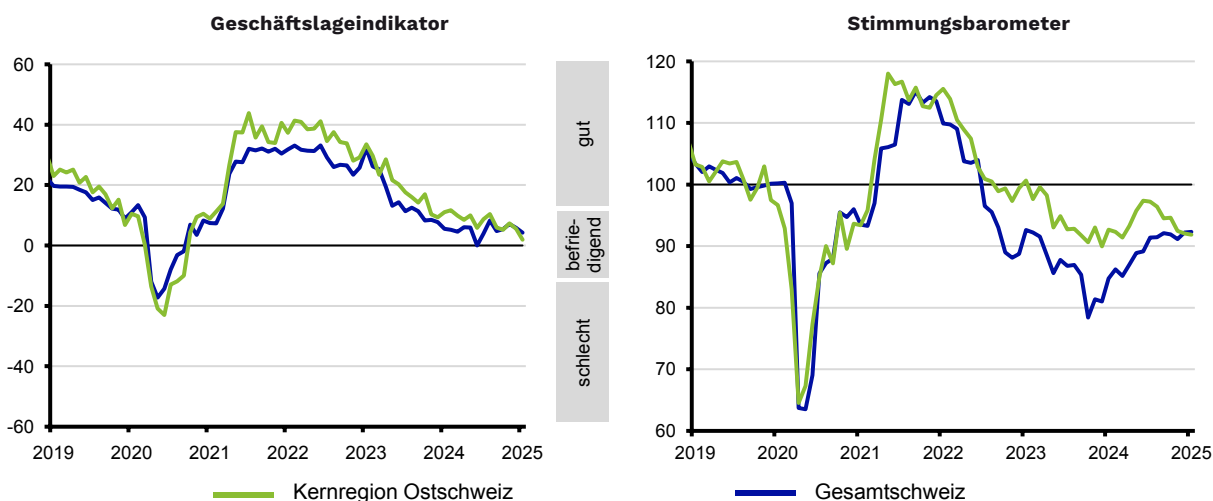
von Konjunkturboard Ostschweiz

Die wirtschaftliche Entwicklung der Ostschweiz bleibt zweigeteilt: Die Exportwirtschaft leidet weiterhin unter der schwachen Nachfrage aus dem Ausland, während sich der Binnenmarkt solide zeigt. Besonders in der Maschinen-, Elektronik- und Metallindustrie (MEM-Industrie) trübt sich die Lage weiter ein: Jedes dritte Unternehmen vermeldet eine schlechte Geschäftslage. Die Beurteilung des Auftragsbestands ist auf den tiefsten Stand seit der Corona-Pandemie gefallen, drei Vier-

tel der Firmen berichten von einer ungenügenden Nachfrage. Die Kapazitätsauslastung verschlechtert sich, ebenso die Ertragslage. In der frühzyklischen Elektronik- und Optikbranche gibt es verhaltene Hoffnung auf leicht steigende Bestellungseingänge. Auch der Maschinen- und Fahrzeugbau rechnet mit einer moderaten Belegung der Aufträge, eine nachhaltige Erholung dürfte jedoch vorerst ausbleiben. Dafür bietet die weltwirtschaftliche Lage derzeit zu wenig Auftrieb.

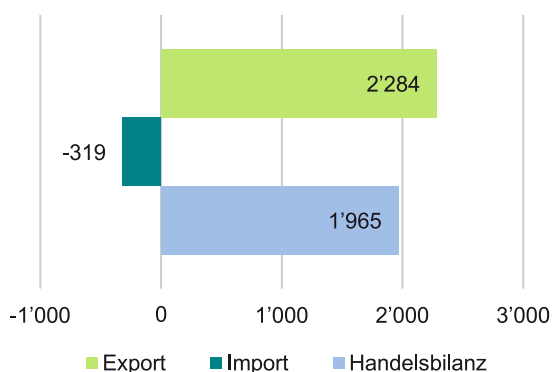
Geschäftslage in Ostschweizer Wirtschaft entwickelt sich seitwärts

Die Geschäftslage in der Ostschweizer Wirtschaft hat sich zuletzt stabil entwickelt und notiert derzeit knapp im positiven Bereich. Der Stimmungsbarometer hat wieder etwas nachgegeben und verharrt unter der wichtigen Marke von 100 Punkten.

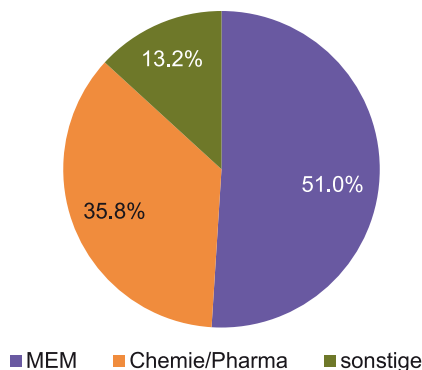


Quellen: KOF ETH Zürich, Konjunkturboard Ostschweiz

Warenhandelsvolumen zwischen Ostschweiz und USA
in Mio. CHF, 2023, konjunkturelles Total



Exportierte Warengruppen aus der Ostschweiz in die USA
Anteile in %, 2023



Quellen: BAZG, FfS-SG, Konjunkturboard Ostschweiz

Internationale Unsicherheiten belasten die Exportwirtschaft

Die US-Wirtschaft kühlt ab, die Eurozone wächst kaum, und die Nachfrage aus China bleibt schwach. Besonders kritisch sind die protektionistischen Absichten der neuen US-Administration zu werten. «Obwohl die angekündigten Zölle vorerst kaum unmittelbare Auswirkungen auf die Ostschweizer Industrie haben, sorgt der zunehmende Protektionismus für spürbare Unsicherheit», sagt Céline Koster, Konjunkturoperin bei der St.Galler Kantonalbank.

Die USA sind für die Ostschweizer Unternehmen mittlerweile der zweitwichtigste Absatzmarkt im Ausland. 2023 entfielen 14% der Warenexporte (rund CHF 2,28 Mrd.) auf die Vereinigten Staaten. Die Ostschweiz exportiert weitaus mehr Güter in die USA, als sie von da importiert. Über die Hälfte der Exporte in die USA stammt aus der Maschinen-, Elektronik- und Metallindustrie.

Noch ist unklar, ob die Schweiz im Visier der neuen US-Regierung steht. Zollmauern schaden der Ostschweizer Wirtschaft aber, auch wenn sie nicht direkt gegen die Schweiz gerichtet sind. Für die Schweiz als rohstoffarmes, kleines und stark exportorientiertes Land ist ein hindernisfreier Warenhandel essenziell.

Was droht der Schweiz?

Sollten auf Produkte aus der Schweiz neue US-Zölle verhängt werden, drohen sie an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Auch ohne direkte US-Zölle könnte die Ostschweizer Exportindustrie negative Effekte zu spüren bekommen. Erstens, weil zahlreiche Ostschweizer Unternehmen in Mexiko oder Kanada präsent sind und von da unter anderem in die Vereinigten Staaten liefern. Zweitens, falls Produkt-

gruppen aus dem EU-Ausland breitflächig mit weiteren US-Zöllen belegt werden und so die Bestellungen bei den Schweizer Zulieferern weiter zurückgehen. Drittens, falls die EU als Gegenmassnahme ebenfalls Zölle gegenüber Drittstaaten erheben sollte, von denen auch die Schweiz betroffen wäre – so bereits während der ersten Trump-Präsidentschaft geschehen. Und viertens, über nichttarifäre Massnahmen wie die unlängst angekündigten Ausfuhrquoten von Computerchips, die auch gegenüber der Schweiz verhängt werden sollen.

KONJUNKTURBOARD OSTSCHWEIZ

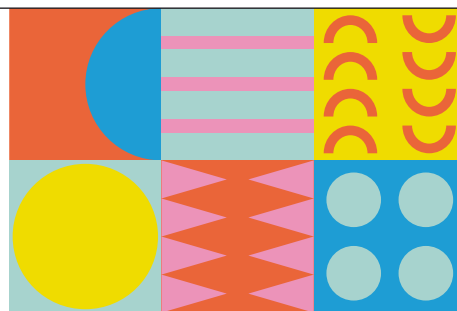
Das Konjunkturboard Ostschweiz beurteilt quartalsweise die konjunkturelle Entwicklung der Ostschweizer Wirtschaft. Basis dafür bilden die regelmässigen Konjunkturumfragen in Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich.

Das Konjunkturboard setzt sich wie folgt zusammen: Vonseiten der IHK St.Gallen-Appenzell aus Jan Riss, Chefökonom, sowie Fabio Giger, Research Analyst, und vonseiten der St.Galler Kantonalbank aus Céline Koster, Konjunkturoperin, sowie Dominik Schmidlin, Leiter Anlagestrategie und Analyse. Die Ökonomin und die drei Ökonomen kommentieren quartalsweise die Konjunkturlage in der Ostschweiz und bringen diese in den nationalen und globalen Kontext. Ergänzt wird das Gremium um Jérôme Müggler, Direktor IHK Thurgau, Karin Jung, Leiterin Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons St.Gallen, Daniel Lehmann, Leiter Amt für Wirtschaft des Kantons Appenzell Ausserrhoden, sowie Thomas Reinhard, Leiter Projekte und Wirtschaftsfragen Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Thurgau. Diese breite Kombination bündelt verschiedene Kompetenzen und ermöglicht eine ganzheitliche sowie konsistente Einschätzung zur konjunkturellen Entwicklung in der Region.

Die Resultate und Analysen der finden Sie auf www.konjunkturboard.ch



Print, Digital, Design – mit Herz für deine Marke



Bist du auf der Suche nach einem vielseitigen Medienunternehmen für nachhaltige Kommunikation und intelligente Lösungen? Bei uns vereinen sich kreatives Know-how, Produktivität und soziale Verantwortung unter einem Dach – für einzigartige Produkte, die verbinden und bewegen.

Als inklusiver Ausbildungsbetrieb bieten wir Jugendlichen über 50 Ausbildungsplätze in neun Berufen und ermöglichen ihnen so den Start ins Berufsleben. Auch Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt nicht tätig sein können, finden bei uns eine sinnvolle Beschäftigung im geschützten Rahmen.



**BRÜGGLI
ADMEDIA**

BRÜGGLI ADMEDIA AG
Hofstrasse 3, 8590 Romanshorn, T +41 71 531 60 00
team@brueggli-admedia.ch, brueggli-admedia.ch



**Soll: Selbständigkeit.
Haben: Bis jetzt nur
eine Idee.**

Wir unterstützen Unternehmen bei allen treuhänderischen Fragen, die da kommen.
obt.ch/weinfeldern

OBTF

Schwäche der deutschen Wirtschaft verstärkt den Druck

In Deutschland, dem wichtigsten ausländischen Abnehmermarkt der hiesigen Industrie, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage zuletzt erneut. Hohe Energiepreise, strukturelle Probleme und eine geringe Exportdynamik bremsen das Wachstum. Die deutsche Industrieproduktion entwickelte sich in den vergangenen Jahren rückläufig. «Die Entkopplung des deutschen Exports von der weltwirtschaftlichen Entwicklung verstärkt den negativen Effekt. Dies führt zu einer angespannten Lage bei vielen Ostschweizer Zulieferern», folgert Céline Koster. Nebst konjunkturellen Herausforderungen schwächt sich das Investitions- und Geschäftsklima in unseren Nachbarländern Frankreich, Österreich und Deutschland auch aufgrund politischer Umwälzungen weiter ab.

Binnenwirtschaft als stabilisierender Faktor

Während die exportorientierten Branchen unter Druck stehen, bleibt die Binnenwirtschaft robust. Der Grosshandel spürt zwar die Schwäche der Exportbranchen, doch Konsumgüterhändler berichten weiterhin von einer stabilen Nachfrage. Die tiefe Inflation stützt den privaten Konsum, während die verstärkte konjunkturelle Unsicherheit dämpfend wirkt. So blicken sowohl das Gastgewerbe als auch

der Detailhandel dank eines starken Winter- und Weihnachtsgeschäfts zufrieden auf die vergangenen Monate. Auch der Ausblick bleibt zuversichtlich. Der Dienstleistungssektor rechnet ebenfalls weiterhin mit einer positiven Entwicklung. Das Baugewerbe verzeichnet eine hohe Nachfrage dank steigender Bauvorhaben. Die Bauinvestitionen in der Schweiz sind 2024 erstmals seit sechs Jahren wieder gestiegen (+2,2%) und dürften laut Prognosen der KOF in den kommenden Jahren weiter zulegen.

Stimmungsbarometer bleibt unter Wachstumsschwelle

Die Ostschweizer Wirtschaft entwickelt sich vorerst impulslos. Zwar könnten globale Zinssenkungen mittelfristig für Rückenwind sorgen, doch die geopolitischen Unsicherheiten und protektionistischen Tendenzen trüben den Ausblick – ein Umstand, der sich deutlich in den aktuellen Indikatoren widerspiegelt: Der Ostschweizer Geschäftslageindikator gibt erneut nach, verharrt jedoch im neutralen Bereich. Auch der Stimmungsbarometer sinkt und bleibt damit deutlich unter der Wachstumsschwelle. «Umso entscheidender sind Sicherung und Ausbau der Marktzugänge – durch die bilateralen Abkommen mit der EU sowie durch gezielte neue Freihandelsabkommen, wie die kürzlich unterzeichneten mit Indien, Kosovo und Thailand», sagt Fabio Giger.



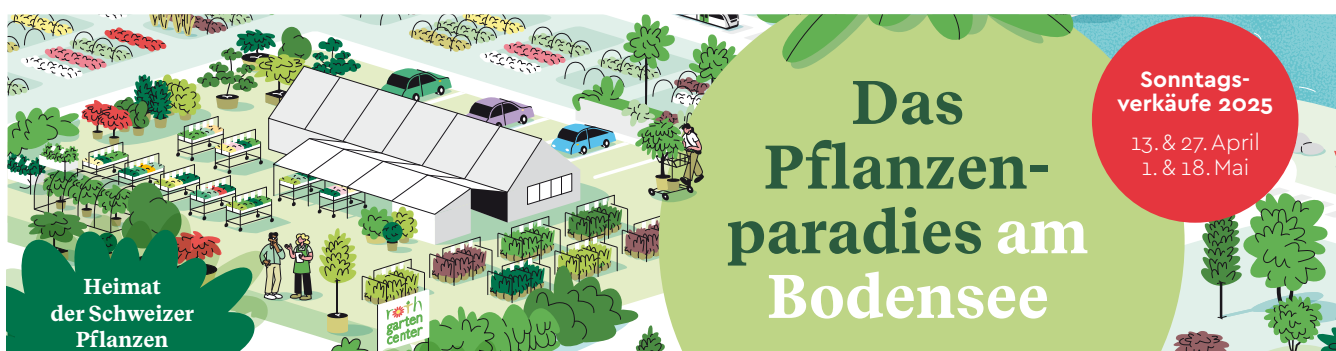
TRAU, SCHAU WEM

www.treuhandsuisse.ch

«UNSERE MITGLIEDER
SIND ZERTIFIZIERTE
KMU-EXPERTEN.»

TREUHAND | SUISSE

Schweizerischer Treuhänderverband



Bei uns finden Sie Pflanzen aus eigener Produktion.
rothpflanzen.ch | Kesswil

Weniger ist mehr: Das gilt bei uns nur für die Kosten.

Weil gemeinsam besser ist.

Die Asga ist eine Genossenschaft. Das bedeutet, dass wir nur Ihren Gewinn zum Ziel haben. Dies erreichen wir auch, indem wir zu den Pensionskassen mit den tiefsten Verwaltungskosten gehören.

Erfahren Sie mehr über die Vorteile unserer genossenschaftlich organisierten Pensionskasse.
www.asga.ch

 asga
pensionskasse

WIRTSCHAFT

Sky-Frame gewinnt Preis der Thurgauer Wirtschaft

Das innovative Fensterbauunternehmen wird mit dem Thurgauer Wirtschaftspreis 2025 ausgezeichnet. Dank seiner starken internationalen Präsenz und einer engen Partnerschaft mit globalen Partnern hat sich das Unternehmen als führender Anbieter von rahmenlosen Schiebefenstersystemen etabliert.

von Jérôme Müggler



Beat Guhl:
Gründer und
Inhaber der
Sky-Frame AG.

Sky-Frame ist ein inhabergeführtes Unternehmen, das sich auf die Entwicklung und Produktion rahmenloser Schiebefenstersysteme spezialisiert hat. Die Produkte von Sky-Frame ermöglichen es, Innen- und Aussenräume nahtlos miteinander zu verbinden und schaffen dadurch ein unvergleichliches Wohn- und Raumerlebnis. Die Schiebefenster und -türen werden in der Schweiz gefertigt und

setzen architektonische Massstäbe für Gebäude mit grossen Glasflächen. Die Geschichte von Sky-Frame begann 1993 in Ellikon an der Thur mit der Gründung der R&G Metallbau AG. Im Jahr 2015 ging daraus die Sky-Frame AG hervor, die heute über 150 Personen beschäftigt. Im Jahr 2002 wurde das erste Sky-Frame-System patentiert. Heute ist Sky-Frame ein international führender Anbieter von Schiebefenstersystemen und betreibt Niederlassungen in London, Los Angeles, Mailand, Rothrist und Wien.

Firmensitz mit vorbildlichem Charakter

2015 investierte Sky-Frame 35 Millionen Schweizer Franken in den Bau eines neuen, modernen Hauptsitzes, um den hohen Anforderungen der unterschiedlichen Anspruchsgruppen gerecht zu werden. Das markante Gebäude, entworfen vom Schweizer Architekten Peter Kunz, ist sowohl ein Blickfang an der Autobahn in der Nähe von Frauenfeld als auch ein funktionaler Mittelpunkt des Unternehmens. Auf einer Fläche von über 15 000 Quadratmetern bietet der Sitz zusätzliche Produktionskapazitäten und eine erhöhte Fertigungstiefe. Der Entwurf spiegelt die Unternehmensphilosophie wider, indem er grosszügige, hochwertige Arbeitsräume mit viel Tageslicht und einer klaren Verbindung zur Aussenwelt schafft. Büro- und Produktionsflächen erlauben flache Hierarchien und eine offene Kommunikation. Das Unternehmen strebt danach, die Natur in die Wohnräume zu integrieren und gleichzeitig Ressourcen effizient zu nutzen. So wurde beispielsweise in eine Photovoltaikanlage investiert, und die Fassade des Gebäudes ist mit einer begrünten Brise-Soleil ausgestattet.

Standorttreue und globale Reichweite

Für die Jury des Thurgauer Wirtschaftspreis' erfüllt Sky-Frame verschiedene Kriterien für die Auszeichnung. Seit der Gründung als kleine Metallbaufirma bis zum heutigen weltweit tätigen Unternehmen ist Beat Guhl mit seinem Unternehmen dem Thurgau als Standort treu geblieben. Darüber hinaus sind die Produkte auf fast allen Kontinenten vertreten und tragen den Werkplatz Thurgau in die Welt hinaus. Mit seinen innovativen Schiebefenstern sowie dem modernen Firmensitz setzt das Unternehmen Massstäbe in der Architektur und im Bauwesen.



Wilwest erstreckt sich über die Thurgauer Gemeinden Münchwilen und Sirmach. Die Erschliessung der Industrie- und Gewerbegebiete erfolgt über neue Bahnhaltestellen, Busverbindungen, Fuss- und Velowege sowie einen neuen Autobahnanschluss.

POLITIK

Arealentwicklung Wilwest in der Entscheidungsphase

Das grenzüberschreitende Projekt Wilwest stärkt die langfristige Entwicklung einer ganzen Region. Beteiligt sind die Kantone Thurgau und St.Gallen sowie 22 Gemeinden. Der Bund übernimmt einen wesentlichen Teil der Projektkosten und finanziert den bereits bewilligten Autobahnanschluss des Areals an die A1. Zugunsten des Projekts haben die zugehörigen Gemeinden auf weitere Einzonungen verzichtet und sehen in Wilwest deshalb einen wichtigen Pfeiler im Standortwettbewerb der Region. Die IHK unterstützt die Realisierung von Wilwest.

von Pascale Ineichen und Fiona Rast

Nach der Ablehnung des Sonderkredits durch die St.Galler Stimmbevölkerung im Jahr 2022 konnte der Kanton St.Gallen die Entwicklung des Areals Wilwest nicht wie ursprünglich geplant umsetzen. Als Reaktion auf das Nein an der Urne wurde das Projekt nochmals überarbeitet und wesentlich optimiert. Aktuell ist vorgesehen, dass der Kanton St.Gallen sein Grundstück auf dem Gebiet der Thurgauer Gemeinde Münchwilen an den Kanton

Thurgau verkauft. Der Entscheid über das Grundstücksgeschäft liegt zurzeit bei den Parlamenten der beiden Kantone, die im Laufe dieses Jahres darüber befinden. Zudem besteht die Möglichkeit, dass das Stimmvolk in beiden Kantonen im Rahmen eines fakultativen Referendums mitentscheidet. Vorbehältlich allfälliger Rechtsmittelverfahren ist der Baubeginn spätestens für das Jahr 2028 vorgesehen.

Thurgauer Wirtschaftsareal mit grossem Entwicklungspotenzial

Als Zentrum für Entwicklung, Produktion und Bildung trägt Wilwest massgeblich zur Stärkung des Standorts Thurgau bei und schafft neue Perspektiven für Unternehmen und Start-ups. Mit einer Fläche von 33 Hektaren entsteht das grösste Areal im Kanton, das frei und zusammenhängend planbar ist. Durch die Konzentration von Industrie- und Gewerbeflächen an einem zentralen Standort können Synergien gezielt genutzt und der Zersiedelung in den beteiligten Gemeinden entgegengewirkt werden. Letztere haben zugunsten des Projekts seit mehreren Jahren auf die Einzonung von Gewerbeflächen verzichtet.

Die Realisierung ermöglicht die Schaffung von bis zu 3000 neuen Arbeitsplätzen. Damit wirkt das Projekt der Abwanderung von Fachkräften aus der Region entgegen, indem es ein zukunftsweisendes Arbeits- und Wirtschaftsumfeld schafft. Unternehmen erhalten optimale Ansiedlungs- und Erweiterungsmöglichkeiten. Davon profitieren auch die beiden Gemeinden Münchwilen und Sirnach: Münch-

wilen als bereits etablierter Industrie- und Gewerbebestandort und das Gewerbegebiet von Sirnach, das durch die Ansiedlung neuer KMU weiterentwickelt und gestärkt wird. Wilwest ist eines der zentralen Projekte für die Standortentwicklung in der Region, Teil des Agglomerationsprogramms und im Thurgauer Richtplan vorgesehen. Wo solche Entwicklungsschwerpunkte zur langfristigen Erhöhung der Standortattraktivität möglich sind, sollte der Thurgau die Chance für die Zukunft nutzen.

Bund beteiligt sich an Investitionen und finanziert Autobahnanschluss

Für den Kanton Thurgau belaufen sich die nötigen Investitionen für das Projekt auf gesamthaft 50 Millionen Franken, wovon 15 Millionen vom Bund übernommen werden. Darüber hinaus finanziert der Bund vollumfänglich die Anbindung des Areals an die Frauenfeld-Wil-Bahn sowie den neuen bereits genehmigten Autobahnanschluss an die A1, was einem zusätzlichen Investitionsvolumen von rund 64 Millionen Franken entspricht. Geplant ist eine platzsparende und ressourcenschonende Hochkreisel-Lösung, die eine effiziente Verkehrsführung gewährleistet.

Neben der verbesserten Infrastruktur bringt Wilwest eine spürbare Entlastung für die Verkehrssituation in der Region. Das von Anfang an mit Bus, Bahn und separaten Velowegen erschlossene Land kann so optimal erreicht werden. Mit 40 flankierenden Massnahmen wird der Verkehr auf vielen Thurgauer Strecken zudem erheblich reduziert. In den Gemeinden Münchwilen, Sirnach und im Regionalzentrum Wil kann die Verkehrsbelastung um bis zu 30% gesenkt werden. Damit verbunden profitieren 16 000 Menschen in der Region von einer deutlichen Reduktion der Lärmbelastung.

Nachhaltigkeit als wichtiges Kriterium

Ein zentraler Aspekt von Wilwest ist die Nachhaltigkeit, indem es den Flächenverbrauch minimiert, wertvolle Böden schützt sowie die Biodiversität und den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen fördert. Um Fruchtfolgeflächen zu erhalten, werden landwirtschaftliche Flächen ausserhalb des Areals, die bislang einen unzureichenden Ober- und Unterboden aufweisen, mit Bodenmaterial aus dem Wilwest-Perimeter aufgewertet. Insgesamt werden 14,3 Hektaren Ackerfläche (Fruchtfolgefläche) vollständig kompensiert, wodurch die landwirtschaftliche Versorgung gesichert bleibt.

Das Projekt könnte eines der ersten Industrieareale der Schweiz werden, das nach dem Standard für Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) zertifiziert wird. Damit setzt Wilwest nicht nur neue Massstäbe in der nachhaltigen Flächenentwicklung, sondern auch ein starkes Signal, dass Grossprojekte in der Ostschweiz erfolgreich realisiert werden können. Das Projekt stärkt die gesamte Region und der Kanton Thurgau profitiert nachhaltig von der entstehenden Wertschöpfung.

RUEDI HEIM,
CEO KIFA AG



«Wilwest ist eine Investition in die Zukunft des Kantons Thurgau. Nach Jahren der Planung und dem bewussten Verzicht auf eigene Entwicklungsgebiete durch die involvierten Gemeinden muss dieses interkantonale Leuchtturmprojekt jetzt realisiert werden. Es schafft Arbeitsplätze und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Region. Standortentwicklung ist wichtig für unseren Kanton. Wer sie verschiebt, verspielt Chancen.»

PHILIPP LÜSCHER,
CEO SCHMID GROUP



«Wilwest ist das grösste zusammenhängende Entwicklungsareal des Kantons. Es ist wichtig, dass wir das Potenzial für Standortentwicklung im Thurgau bestmöglich nutzen, um die wirtschaftliche Zukunft zu sichern und attraktiv für qualifizierte Fachkräfte zu bleiben.»



zurbuchen.
objekt. raum. design.

WIR GESTALTEN IHRE RÄUME:

- Besprechung
- Empfang
- Arbeitsplätze

Zurbuchen AG Amlikon
Fabrikstrasse 2 | 8514 Amlikon-Bissegg
www.zurbuchen.com

Service

Auf Wunsch sind wir auch samstags für Sie da

Für Profis von Profis

Ihr kompetenter VW Nutzfahrzeuge Partner



Nutzfahrzeuge



Autoviva AG

Kreuzlingerstrasse 30, 8580 Amriswil
Tel. +41 71 414 03 30, partner.vw-nutzfahrzeuge.ch/autoviva

Betriebsliegenschaft finanzieren?

Wir bürgen für Sie

BG OST-SÜD Bürgschaftsgenossenschaft für KMU
071 242 00 60 – www.bgost.ch

BGOST
CFSUD

RECHT

Rechtssichere Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften

Die Schweiz, als wirtschaftlich starkes Land mit einer hohen Lebensqualität, zieht zahlreiche Arbeitskräfte aus aller Welt an. Dieser Beitrag soll eine kurze Übersicht über die verschiedenen Arten von Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte liefern.

von Kathrin Moosmann und Lars Vontobel

Grundsätzlich benötigen ausländische Arbeitskräfte eine Bewilligung, um in der Schweiz tätig werden zu dürfen. Je nach Staatsangehörigkeit (EU/EFTA bzw. Drittstaatsangehörige) und Art des Arbeitsverhältnisses kann dies variieren.

Arbeitsbewilligungen für EU/EFTA-Bürger

Hier gilt das Personenfreizügigkeitsabkommen. Sofern die Beschäftigung in der Schweiz auf bis zu drei Monate/90 Tage pro Kalenderjahr befristet ist, benötigen diese Personen keine Aufenthalts- bzw. Arbeitsbewilligung. Arbeitgebende müssen Personen über das elektronische Meldeverfahren anmelden, wobei die Meldungen ab dem 17. März 2025 ausschliesslich über das Portal EasyGov.swiss erfolgen muss. Wann die Meldung spätestens zu erfolgen hat ist davon abhängig, ob eine direkte befristete Beschäftigung in der Schweiz oder eine Entsendung in die Schweiz vorliegt. Für eine längerfristige Beschäftigung wird eine Aufenthaltsbewilligung benötigt. Je nach Dauer des Arbeitsverhältnisses werden unterschiedliche Aufenthaltsbewilligungen ausgestellt.

Arbeitsbewilligungen für Drittstaatsangehörige

Aufgrund des Inländervorrangs können Personen mit Staatsangehörigkeit ausserhalb der EU/EFTA in der Schweiz nur arbeiten, wenn sie Führungskräfte, Spezialistinnen und Spezialisten, oder anderweitig besonders qua-



lifiziert sind und die beschränkten Kontingente noch nicht aufgebraucht wurden. Allenfalls ist auch ein Visum zur Einreise notwendig.

Bevor eine Stelle an Drittstaatsangehörige vergeben wird, muss sie in der Regel beim zuständigen RAV gemeldet und dann für gewisse Dauer ausgeschrieben werden. Erst wenn diese Suche ergebnislos war, können Drittstaatsangehörige in Betracht gezogen werden. Gesuche müssen entsprechend begründet werden. Hier müssen Arbeitgebende den Nachweis erbringen, dass die Anstellung der Arbeitskraft im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz liegt und dass sich auf dem Arbeitsmarkt der Schweiz sowie EU/EFTA kein geeignetes Personal finden lässt. Die Anstellung hat ausserdem zu den gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie die Anstellung von Schweizer Staatsangehörigen zu erfolgen.

Für die kurzzeitige Beschäftigung von bis zu drei Monaten bzw. 90 Tagen pro Kalenderjahr kann als zusätzliche Ausnahme das Meldeverfahren durchgeführt werden, wenn Mitarbeitende aus dem EU/EFTA-Raum in die Schweiz entsandt werden und seit mindestens 12 Monaten auf dem regulären Arbeitsmarkt in einem EU/EFTA-Mitgliedstaat zugelassen worden sind.

Grenzgängerbewilligung

Für Personen mit Wohnsitz in Grenznähe (staatsangehörigkeitsunabhängig) besteht die Möglichkeit, eine Grenzgängerbewilligung zu beantragen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Kathrin Moosmann mag. jur., Rechtsanwältin
Lars Vontobel, MLaw, Rechtsanwalt

Muri Partner Rechtsanwälte AG
Sangenstrasse 3
8570 Weinfelden
071 622 00 22

kathrin.moosmann@muri-anwaelte.ch
lars.vontobel@muri-anwaelte.ch

EVENT

BOOM! 2025 mit dem Thema: «Dein Moment. Deine Botschaft.»

Die kommende Ausgabe von BOOM! der Thurgauer Wirtschaftstag findet am 12. Juni statt und widmet sich den Fragen, wie wir erfolgreich miteinander kommunizieren und auf andere wirken. Das werden wir in Bezug auf unseren Alltag sowie auf die Geschäftswelt genauer anschauen.

von Jérôme Müggler



Die Art und Weise, wie wir kommunizieren und uns selbst präsentieren, spielt eine entscheidende Rolle in unserem persönlichen und beruflichen Leben. Eine positive Selbstpräsentation hilft dabei, Kompetenz, Glaubwürdigkeit und Professionalität zu vermitteln. In einer zunehmend digitalen Welt, in der soziale Medien eine Rolle spielen, ist es wichtiger denn je, sich bewusst darüber zu sein, wie man auf andere wirkt. Bei BOOM! 2025 erzählen spannende Personen, die viel im Rampenlicht stehen, was ihre Erfolgsrezepte sind.

Nonverbale Kommunikation – die geheime Superkraft

Wussten Sie, dass Ihre Körpersprache oft lauter spricht als Ihre Worte? Mimik, Gestik und Tonfall haben eine enorme Wirkung darauf, wie Ihre Botschaft ankommt – und sie sind der Schlüssel zu echtem Verständnis. Nonverbale Signale vermitteln Emotionen und Einstellungen, die Worte allein nicht ausdrücken können. Eine offene Haltung strahlt Interesse und Vertrauen aus, während verschränkte Arme Unsicherheit oder Distanz signalisieren. Auf der Bühne werden wir bei BOOM! 2025 anschauen, wie man die Kraft der nonverbalen Kommunikation nutzen kann, um

authentischer aufzutreten, sein Gegenüber besser zu verstehen und Missverständnisse zu vermeiden.

Als Unternehmen im Rampenlicht stehen

Ein starkes Employer Branding macht den Unterschied. Es zieht gute Arbeitnehmende an, bindet sie langfristig und stärkt das Unternehmen von innen heraus. Wer als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird, punktet nicht nur mit Lohn, sondern auch mit Werten, Kultur und Entwicklungschancen. Das Ergebnis? Motivierte Mitarbeiter, weniger Fluktuation und ein positives Image. Am 12. Juni schauen wir, wie sich Unternehmen authentisch als attraktive Arbeitgeber präsentieren können.

Jetzt für BOOM! anmelden

BOOM!

Der Thurgauer Wirtschaftstag





Stilexperte Jeroen van Rooijen, 20min-Chefredaktorin Désirée Pomper und Miriam Mayer, Expertin für Körpersprache, werden bei BOOM! 2025 auftreten.

thalmann
treuhand
+wirtschafts
prüfung

Mittendrin statt nur dabei.
Ihre Fachexperten in Weinfelden.
Gewerbe – Firmen – Non-Profit – Öffentliche Verwaltung

www.thalmann.ch

Agenda 2025

- IHK Highlights
- Schulungen
- Partneranlässe

MÄRZ

20
MÄRZ

Exportseminar: Mehrwertsteuer beim grenzüberschreitenden Warenverkehr mit der EU
IHK St.Gallen-Appenzell

20
MÄRZ

Energiespeicher-Technologien und ihre Anwendungsmöglichkeiten
Bücher & Möbel/Pellemania, Amriswil

APRIL

03
APRIL

Exportseminar: Speditions- und Exportabwicklung
IHK St.Gallen-Appenzell

09
APRIL

Exportseminar: Das neue Passar-Verzollungssystem
IHK Thurgau, Weinfelden

22
APRIL

Exportseminar: Importabwicklung
IHK St.Gallen-Appenzell

30
APRIL

Thurgauer Technologietag 2025
Geobruugg AG, Romanshorn

MAI

08
MAI

Zollverfahren bei Reparaturen, Retouren und Veredelungen
FineSolutions, Webinar

08
MAI

reWork: Längere Arbeitsunfähigkeit – so gelingt die Rückkehr
Psychiatrische Klinik, Münsterlingen

13
MAI

Weiterbildung für Ermächtigte Ausfühler
IHK Thurgau, Weinfelden

13
MAI

Exportseminar: Ursprungszeugnisse und nichtpräferenzierter Warenursprung
IHK St.Gallen-Appenzell

13
MAI

2. KEEST EVENING FLASH
Schmid AG energy solutions, Eschlikon

27
MAI

Exportseminar: Reparaturen, Retouren und Veredelungen
IHK St.Gallen-Appenzell

JUNI

12
JUNI

Exportseminar: Freihandelsabkommen und präferenzierter Warenursprung
IHK St.Gallen-Appenzell

12
JUNI

BOOM! Der Thurgauer Wirtschaftstag
Kongresszentrum Thurgauerhof, Weinfelden

ERGÄNZENDE INFORMATIONEN

Die IHK Thurgau organisiert in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern spannende Anlässe, an welchen nicht nur relevante Themen im Fokus stehen, sondern auch der persönliche Austausch. Tragen Sie sich die Termine schon heute in Ihrer Agenda ein oder abonnieren Sie unsere Highlights mit dem QR-Code.





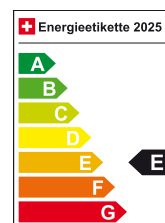
THE NEW X3

PLUG-IN HYBRID.
MOMENTE, DIE BEWEGEN.



Bickel Auto AG
Frauenfeld | Weinfelden

1,0 l/100 km, 24,1 kWh/100 km, 23 g CO₂/km, Kat. E





QUELLGEBIETICH

**Jetzt
beraten
lassen!**

Erfolgreich zusammenarbeiten in der MS365-Cloud – mit Konzept!

Der grösste Benefit der digitalen Transformation ist das digitale Wissensmanagement. Es unterstützt in beinahe allen Arbeitsprozessen, beschleunigt sie und verbessert die Qualität. Wir begleiten Sie als Spezialisten für Sharepoint-Online, Teams und MS365-Apps bei der Einführung neuer Konzepte und der Schulung Ihrer Mitarbeitenden. Lassen Sie sich beraten! Telefon 058 345 75 75 oder weiterkommen.ch.